

# Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“

erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei im Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 50 Pf. Postabonnement 4 Mark. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit illustrierter Beilage 10 Pf. (Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1886 unter Nr. 769.)

Insertionsgebühr

beträgt für die 4 gespaltete Zeile oder deren Raum 40 Pf. Arbeitsmarkt 10 Pfennige. Bei größeren Aufträgen hoher Rabatt nach Uebereinkunft. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaux, ohne Erhöhung des Preises, angenommen.

Redaktion: Bentzstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

## Arbeitervolksfeste.

„Zur Baumbluth“ warbern alljährlich an den Sonn- und Feiertagen. Abonnementpreis für Berlin frei im Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 50 Pf. Postabonnement 4 Mark. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit illustrierter Beilage 10 Pf. (Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1886 unter Nr. 769.)

„Zur Baumbluth“ warbern alljährlich an den Sonn- und Feiertagen. Abonnementpreis für Berlin frei im Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 50 Pf. Postabonnement 4 Mark. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit illustrierter Beilage 10 Pf. (Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1886 unter Nr. 769.)

„Zur Baumbluth“ warbern alljährlich an den Sonn- und Feiertagen. Abonnementpreis für Berlin frei im Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 50 Pf. Postabonnement 4 Mark. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit illustrierter Beilage 10 Pf. (Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1886 unter Nr. 769.)

„Zur Baumbluth“ warbern alljährlich an den Sonn- und Feiertagen. Abonnementpreis für Berlin frei im Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 50 Pf. Postabonnement 4 Mark. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit illustrierter Beilage 10 Pf. (Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1886 unter Nr. 769.)

„Zur Baumbluth“ warbern alljährlich an den Sonn- und Feiertagen. Abonnementpreis für Berlin frei im Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 50 Pf. Postabonnement 4 Mark. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit illustrierter Beilage 10 Pf. (Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1886 unter Nr. 769.)

„Zur Baumbluth“ warbern alljährlich an den Sonn- und Feiertagen. Abonnementpreis für Berlin frei im Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 50 Pf. Postabonnement 4 Mark. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit illustrierter Beilage 10 Pf. (Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1886 unter Nr. 769.)

„Zur Baumbluth“ warbern alljährlich an den Sonn- und Feiertagen. Abonnementpreis für Berlin frei im Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 50 Pf. Postabonnement 4 Mark. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit illustrierter Beilage 10 Pf. (Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1886 unter Nr. 769.)

„Zur Baumbluth“ warbern alljährlich an den Sonn- und Feiertagen. Abonnementpreis für Berlin frei im Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 50 Pf. Postabonnement 4 Mark. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit illustrierter Beilage 10 Pf. (Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1886 unter Nr. 769.)

„Zur Baumbluth“ warbern alljährlich an den Sonn- und Feiertagen. Abonnementpreis für Berlin frei im Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 50 Pf. Postabonnement 4 Mark. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit illustrierter Beilage 10 Pf. (Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1886 unter Nr. 769.)

„Zur Baumbluth“ warbern alljährlich an den Sonn- und Feiertagen. Abonnementpreis für Berlin frei im Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 50 Pf. Postabonnement 4 Mark. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit illustrierter Beilage 10 Pf. (Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1886 unter Nr. 769.)

## Feuilleton.

### Eine Mutter.

Roman von Friedrich Gerstäcker.

(Fortsetzung)

Zu den Künstlern: Maler, Bildhauer und Schriftsteller, die sich in Pöhlburg aufhielten, fühlten sich aber auch die Schauspieler hingezogen. Der gute Wein hatte sie schon lange in das „Paradies“ geführt, die bessere Gesellschaft lockte sie aus dem „Paradies“ in die „Hölle“, und von den Künstlern wurden sie, als einer freien Kunst angehörig, auch mit offenen Armen empfangen.

Der Schauspieler ist überhaupt der beste Gesellschafter in der Welt und steht ja auch mit allen anderen Künstlern in nächster und innigster Beziehung. Wie der Maler muß er Charaktere studieren, um sie wahr und treu, nicht auf der Leinwand, sondern im wirklich lebendigen Bilde wiederzugeben. Mit dem Dichter muß er fühlen, empfinden und sich begeistern, und alles das in rasch wechselnden Gestalten, Schlag auf Schlag, und Triumph oder Niederlage bringt ihm schon der nächste Augenblick, der nächste Abend.

Alle anderen Künstler schaffen nicht allein für ihre Zeit, sie haben die Hoffnung, daß auch noch spätere Geschlechter sich ihrer Werke freuen mögen und ihr Name noch genannt wird, wenn sie schon selbst dahingegangen. Nicht so der Schauspieler, der nur auf den augenblicklichen Erfolg angewiesen, auch nur für diesen wirkt und schafft. Der Beschall des Publikums, das ihn selber hört und sieht, ist seine Belohnung; dieser strebt er nach, und ist ihm die gefühlte, dann geht er freudig und vertrauensvoll an's nächste Werk.

Dieser Erfolg des Augenblickes läßt aber auch natürlich auf sein ganzes Leben entschiedenen Einfluß, denn er vermischt mit ihm und theilt sich seinem ganzen Charakter mit; die Vergangenheit existirt nicht für ihn, was anders ist für ihn, als eine abgespielte Komödie — und die Zukunft? Eine neue brillante Rolle kann ihm die rosig genug

im Winter im Louisenstädtischen Theater, im Sommer im Prater.

Eine geeignete Feste, einige harmlose Vorträge und Dellamationen, einige kleine Schauvorstellungen, Gesänge von Arbeiterliedertafeln und tausende und a'ertausende von Menschen. Im Prater — es war, wenn wir nicht irren, im Sommer des Jahres 1874 — sollen an 15 000 Festeilnehmer zusammen gewesen sein.

Alle diese Feste, deren Theilnehmer durchaus nicht sämtlich Arbeiter oder gar Sozialdemokraten waren, verliefen immer ruhig und ordentlich, so daß die überwachenden Polizeibeamten oft genug erklärten, es sei ein Vergnügen, solchen Arbeiterfesten beizuwohnen, im Gegensatz zu den Volksansammlungen auf dem „Bod“ oder in anderen Lokalen.

Man sah es den Arbeitern auf solchen Festen an, daß sie auf sich etwas hielten; besonders aber zeichneten sich die Sozialdemokraten aus, die, was Ruhe und Wohlstandigkeit anlangte, den anderen Festeilnehmern mit gutem Beispiele vorangingen. Die Leiter solcher Feste hatten während der Dauer derselben auf unbedingten Gehorsam zu rechnen; doch fanden sie fast niemals Gelegenheit, von ihren Rechten und ihrer Autorität Gebrauch zu machen.

Kam es einmal vor, daß irgend Jemand ein Glas zu viel getrunken hatte, so wurde derselbe ohne jedes Aufsehen von seinen Freunden mit den Worten: „Schäme Dich, Du bist auf einem Arbeiterfeste!“ rasch emfernt und wochenlang mußte er bittere Vorwürfe entgegennehmen.

Das Beitrags- oder Eintrittsgeld überstieg die Summe von 50 Pfennigen niemals; mehr als vier solcher Feste wurden in Berlin im Durchschnitt des Jahres auch nicht gefeiert, so daß keine besonderen Ausgaben den Arbeitern daraus erwuchsen.

Und wie dies in Berlin der Fall war, so in Leipzig, Dresden, Breslau, Hamburg, überhaupt in allen größeren Städten Deutschlands. In Leipzig zeichneten sich besonders die Feste des dem Sozialistengesetz auch zum Opfer gefallenen Arbeiterbildungsvereins durch ihre schöne Haltung aus. Im Süden wurden meistens sogenannte Gausfeste veranstaltet, so im Raingau in einem Walde zwischen Offenbach und Frankfurt am Main.

Es darf nicht übersehen werden, daß auf allen diesen Festen die Frauen und Kinder mit anwesend waren, wodurch diese Volksfeste zu gleicher Zeit Erholungs- und Familienfeste für die Arbeiterfamilien wurden.

Anstatt solcher allgemeinen Volksfeste, von den Sozialdemokraten veranstaltet — die heutigen sogenannten Volksfeste — sind weiter nichts als Jahrmärkte mit allerlei Erdelbuden, Karoussells, Gejohle und Aibereiten, an denen

gestalten, weshalb sich jetzt schon Sorgen darüber machen? Noch läuft sein Kontrakt, das Publikum liebt ihn, oder — hat sich an ihn gewöhnt, und was die sonstigen Kleinen Leiden und Aergernisse betrifft, die nun einmal als Salz und Würze unseres ganzen Lebens dienen müssen, ei, die hat er reichlich in vermutheten Intriquen der Intendanz oder der eigenen Kollegen, oder in kostbaren Resignationen eines nicht gehörig honorirten Theatertrüblers — was will er mehr?

Leichtes Blut schwimmt oben, leichtes Blut gehört zu seiner ganzen Existenz, und gerade dieser, in den meisten Fällen lebenswürdige leichte Sinn läßt ihn das Leben an seiner lichten Seite fassen und ihm Alles abgewinnen, was eben daraus zu gewinnen ist.

Gute und vielbeschäftigte Schauspieler und Schauspielerinnen — während Sänger und Sängerinnen — mit wenigen Ausnahmen — nur ihre Noten studiren und sich vermühen wenig um Text, Sujet und Charakter ihrer Rolle kümmern — müssen auch gebildete Menschen sein und sind es fast stets. Sie haben dabei die Form des Umgangs vollständig in ihrer Gewalt, sie müssen verstehen, sich in allen Kreisen des Lebens zu bewegen, und verstehen es, und mit einem gewissen Instinkt, der sie alles Steife und Langweilige vermeiden läßt, bringen sie bald Leben in jeden Zirkel, den sie besuchen.

Es ist mit einem Wort ein frohes, glückliches Völkchen, und wer in ihrer Mitte nicht warm wird und seinen im gewöhnlichen Leben noch ängstlich gepflegten Zopf auf kurze Zeit vergißt, den kann man ruhig aufgeben. Er ist für die Gesellschaft verloren und paßt nur noch für „Gesellschaftsleute“.

Es läßt sich denken, daß auch in der „Hölle“ ein munterer Ton herrschte, wie denn auch vor Allem hier die Regel galt, nichts, und wäre es der bitterste Scherz gewesen, übel zu nehmen. Schon über der Thür stand auch auf einer großen, schwarzen Tafel mit dicken, goldenen, altdeutschen Buchstaben der etwas ungelente Vers:

Wer hier in diese Stuben kommt ein, Daß allen Aerger und Haber daheim, Und gerade dieses laisser aller der Gesellschaft hatte

verünftigte Arbeiter sich nicht betheiligen —, sind nun die abgeschlossenen Festlichkeiten der einzelnen Gewerke getreten, die meistens des allgemeinen Interesses entbehren und in einem Länzchen ihren Gipfelpunkt haben. Wir sind die Besten, welche der tauglichsten Jugend ihre Freude verderben wollen, wir sind die Besten, welche „Vatern“ und „Muttern“ ein frohliches Länzchen mißgönnen, aber Arbeitervolksfeste in dem eigentlichen Sinne des Wortes können derartige Spezial-Arbeiterfeste niemals werden.

Und dasselbe ist zu sagen über die jetzigen „Baumbluth“- und „Haidegänge“, welche, ob polizeilich überwacht oder nicht, immer nur ein einseitiges Vergnügen bieten; ja man möchte sagen, daß bei diesen Exkursionen die Hauptfreude in der Opposition liegt, welche der Polizei gemacht wird. Das Irrföhren der Polizei, das Schnippchen schlagen ist mit die Hauptsache; und wo die Polizei sich zeigt, giebt meistens etwas Rederei. Das mag ja für einzelne Theilnehmer an solchen Irrfahrten ungemein interessant sein, vielleicht auch für einige Vertreter der Polizei. Wir erinnern uns, daß kein Spiel in unserer Jugend und so unendlich viel Freude bereitet hat, als das „Räuber und Gendarmen“ in den heimathlichen Wäldern.

Aber dies „Räuber und Gendarmen“ spielen kann uns jetzt nicht mehr entzücken, es kann nicht ersehen ein großes Arbeitervolksfest aus früherer Zeit. Aber auf diesen Festen laßt so schwer der Druck des Sozialistengesetzes, daß sie sich nicht mehr emfalten können.

Mögen die „Väter des Sozialistengesetzes“ das nicht beabsichtigt haben — sie haben nach ihren späteren Aeußerungen Manches nicht beabsichtigt —, aber das steht fest, daß der freien und friedlichen Volksentwicklung große Volksfeste von bedeutendem Vortheil sind, die zu beieinträchtigen das gerade Gegentheil von Staatsweisheit bedundet.

So konnten wir auch hier wieder unter Beweis stellen, daß das Sozialistengesetz gerade das, was es angeblich zu unterdrücken beabsichtigt, in hohem Maße hervorruft: die Verbitterung unter den Arbeitern und Verschärfung der Klassengegensätze.

## Politische Uebersicht.

Daß die neue Zoll- und Wirtschaftspolitik des Deutschen Reichs trotz aller gegentheiligen Behauptungen der offiziellen Presse von fortwährendem Mißerfolg begleitet wird, das beweist neben den immer mehr zu Tage tretenden Lohnreduktionen und den vielen Fallissements industrieller Unternehmungen auch der Rückgang solcher Reichs- und Staatssteuern, die mit der Wirtschaftspolitik in Verbindung gebracht werden müssen. Daß die Indirectsteuer anstatt wie früher 60 Millionen Mark nur 18 Millionen aufbringt, giebt vollgültiges

manche junge Leute aus Kreisen, die sonst nicht gern ein „bürgerliches Wohnhaus“ besuchen, veranlaßt, dann und wann hier vorzusprechen und sich ein Süßchen unter den Künstlern, unter denen sie immer einzelne Bekannte fanden, zu amüsiren. Besonders waren einige Artillerie-Offiziere, die selber zeichneten und malten, regelmäßige Besucher der Hölle geworden und zogen dann wieder andere nach.

So hatte sich denn auch am heutigen Abend, während vorn in der Weinstube die steiferen Bürger, Beamten und Professoren saßen, in der „Hölle“ ein lustiges Völkchen sammelgefunden, das dem guten Weine des alten Trauvest wacker zusprach. Vom Theater schien aber nur das Schauspiel vertreten, da heute eine Oper gegeben wurde; sonst sah aber eine gemischte Gesellschaft in Uniformen, Sammetröcken und Toppen um den langen Tisch, und das Gespräch hatte sich gerade um einen Wein gedreht, den ihnen Trauvest als Markobrunner vorgefetzt und den ein Hauptmann von Seidlich für Deidesheimer erklärte, so daß schon eine Weite angeboten und acceptirt war.

„Wo nur Pandor heute bleibt?“ rief Höffen, der das Faß der Charakterrollen am Theater belleidete; „der hat die beste Zunge von uns allen, und seinem Urtheil füge ich mich.“

„Lopp, angenommen!“ rief die Gegenpart. „Pandor muß etwas auf dem Strich haben,“ meinte Berthel, der Heldenvater; „er geht mir schon seit etwa fünf Wochen mit einer Sorgfalt gefleibet.“

„Bah,“ rief einer der Maler, „als erster Liebhaber muß er auf seine Toilette halten; er gilt ja bei der ganzen schönen Welt von Pöhlburg für das Modejournal der Stadt.“

„Ach was da, Modejournal,“ Inurrte Pfeffer, der unten am Tische bei einer halben Flasche Wein saß, „Schulden sind's, und damit er den Leuten Sand in die Augen streut, hängt er den Plunder um sich her; Esel, wenn sie sich davon blenden lassen.“

„Rein, Höffen hat recht,“ rief aber auch Berthel, „es muß etwas anderes dahinter stecken — Schulden, bah! Wenn ein Mensch erst einmal so viel Schulden hat, daß er

Beugnis ab von dem Niedergange dieser Industrie; daß die Tabaksteuer 600 000 Mark hinter dem Voranschlag zurückgeblieben ist, darf auch nicht als ein gutes Anzeichen angesehen werden. Doch fast noch bedenklicher kommt es uns vor, daß der Ertrag der Staatsbahnen in Preußen um circa 23 Millionen hinter dem ministeriellen Voranschlag zurückgeblieben ist. Da der Besondereverehr sich eher gesteigert, als daß er nachgelassen hat, so fällt das Defizit auf den Waarenverkehr und dies ist ein sicheres Zeichen allgemeinen wirtschaftlichen Rückgangs. Gegen diesen Rückgang weiß die Reichs- und Staatsregierung keinen Rath; gegen die Steuererminderung hat sie immense Erhöhung der Branntweinsteuer vorgeschlagen. Wirtschaftlicher Rückgang, Lohnreduktionen, neue Steuern auf einen Konsumartikel hauptsächlich für Arbeiter — eine sonderbare Sozialreform!

Wo bekommen wir die deutschen Kolonisten für die polnischen Gegenden her? Diese Frage macht den ausweichungsstarken Konservativen und Mittelparteilern doch mehr Kopfzerbrechen, als sie im ersten Eifer vermutheten. Die „Post“ bringt an Stelle des Vorkaufs ein „Eingehandelt“, in welchem die Veranlagung ehemals schwäbischer Bauern aus Rumänien empfohlen wird. Die Verlegenheit um passende Ansiedler muß doch recht groß sein, daß solche Vorschläge überhaupt aufstehen können.

Ueber den Antisemitismus, diese verächtlichste Erscheinung des öffentlichen Lebens im letzten Jahrzehnt, äußerte sich der „Reichsbote“ merkwürdig abfällig. „Der Antisemitismus — schreibt das Pastorenblatt — ist nur eine Negation, es fehlt ihm die Positive; deshalb wird er auch nie etwas Positives gegen den Semitismus ausdrücken, sondern nur Bestätigung unter dem christlichen Volke anrichten und ebenso auslösend, zerlegend wirken wie der Semitismus. Die Herrschaft der Juden setzt überall da ein, wo beim christlichen Volke etwas faul ist: der Schacherjude sucht sie zu tragen, unordentlichen, leichtsinnigen Bauern und Handwerker aus und der Prekodie setzt an der Neigung zu Klatsch, Skandal, Unglauben, Frivolität und stülpischer Gleichgültigkeit ein und schreibt dem Volke Beutungen, wozu ihm die Ohren jucken. Der Antisemitismus macht ihm das nach, so daß er in der That nichts weiter ist als ein umgekehrter Semitismus. Bloß den nationalen Stolz aufzuregen, im übrigen jedoch den schlechten Eigenschaften und Untugenden schmeicheln und lediglich die Juden als die Urheber alles Verderbens hinstellen, das ist unwahr und verächtlich, weil es das Uebel nicht heilt, sondern vergiftet. Wenn man von Parasiten redet, so soll man nicht vergessen, daß der, auf dessen Körper solche leben, sein Uebel selbst verschuldet hat.“ Trotz alledem schreibt das fromme Blatt zum Schluß: „Die Gleichberechtigung der Juden ist ein Vergehen gegen das — wie die Geschichte beweist — auf den Juden liegende göttliche Gesetz; sie sollen Fremdlinge sein unter den Völkern.“ — Mit solchen Leuten ist allerdings schwer diskutiren.

Wider die Koalitionsfreiheit. Daß die Reaktion zu Gunsten der Unternehmer gegen dieses Arbeiterrecht Sturm läuft, haben wir schon mehrfach dargelegt. Jetzt erscheint auch die früher in Arbeiterfragen verständige, jetzt kreddroth gewordene „Schlesische Zeitung“ auf dem Plane und schreibt: „Das schwerste Uebel, welches den organisierten Streiks anhaftet, ist unstreitig die Verschärfung der Klagen gegen die Arbeiter und für sie liegt eine ernste soziale Gefahr darin, daß in irgend einer einzelnen Geschäftszweige Arbeiter wochenlang fern, ihre sauren Ersparnisse aufzehren, der bleichen Noth verfallen und in weitaus den meisten Fällen schließlich die Arbeit unter den früheren Bedingungen aufzunehmen gezwungen sind. Auch in den besten Naturen muß dies Wuth und Erbitterung erzeugen und den Gedanken an einen gewaltthätigen Umsturz unserer ganzen gesellschaftlichen Ordnung wecken und beleben. Diese Gefahr wächst mit der Ausdehnung der Kreise, welche in die Interessen der Streikenden hineingezogen werden. Wenn heute ein Maurerbund sich über ganz Deutschland verzweigt und dieser ganze Bund zur Förderung des sich in Berlin vorbereitenden Maurerstreiks mitwirkt, so ist das gewiß schon bedenklich, immerhin aber mag man noch behaupten können, daß die unselbstständigen Maurer nur ihre gemeinsamen Fachinteressen vertreten, daß von einem Klagengegenstand noch nicht die Rede sein könne. Wenn aber Leipziger Schriftsetzer streiken und Bremer Zigarenmacher und Berliner Malchenbauer ihnen zu diesem Zweck finanzielle Unterstützungen zuwenden, also Leute, die über Billigkeit oder Unbilligkeit der gestellten Forderungen und über die Geschäftslage des Unternehmens gar kein Urtheil haben, wenn es sich somit einfach um Bekämpfung der Solidarität der nicht bestehenden gegenüber den bestehenden Klassen, also um einen eigentlichen Klassenkampf handelt, zu dessen Schätzung meist noch professionelle Agitatoren in Thätigkeit treten, die der Arbeiterwelt gar nicht angehören, dann werden die Streiks zu einer politischen Gefahr, der zu begegnen unferes Staatsrechts Aufgabe der Gesetzgebung ist. Eine Korrektur der das Koalitionsrecht begründenden gesetzlichen Bestimmungen im gedachten Sinne ist jedenfalls möglich, hne dem Arbeiter den „christlichen Lohnkampf“, wie ihn der Gesetzgeber wollte, zu verweigern. Die Bürgschaften,

noch ganz gewiß weiß, er kann sie nicht bezahlen, dann machen sie ihm auch keine Sorgen mehr, und so sieht's mit Handor. Reiz, bei dem spukt etwas anderes, und ich bezahlte wahrhaftig

„Eine Flasche Champagner, Reizner,“ rief in diesem Augenblick eine laute, fröhliche Stimme, und als sich alle danach wandten, stand Handor, der eben genannte erste Diebhaber, in der geöffneten Thür; „aber wohl in Eis, verstanden?“ setzte er rasch hinzu: „aber auch gleich zwei, drei Flaschen, mein Junge, denn ich bin schmächtig durstig heute Abend und schmächtig vergnügt — „Guten Abend, meine Herren!“

„He, Handor, beim Zeus! Junge, wo kommst Du her? Oben sprachen wir von Dir; wo bist Du gewesen?“

„Im Himmel, Kinder, im siebenten Himmel,“ rief der junge Mann, indem er Hut und Stock an einen Nagel hing und dann einen Stuhl neben den etwas zur Seite rüdenden Höfsten nahm, „direkt aus den himmlischen Sphären stieg ich nieder in die „Hölle“, und nur der himmlische Trank kann mir Ersatz für das Verlorene geben.“

„Pff,“ zischte Pfeffer durch die Zähne, „den Himmel, in dem der gesteckt hat, kenn ich.“

„Alle Wetter, Handor,“ lachte aber auch der Maler, „Sie scheinen heute Ihren splendiden Tag zu haben!“

„So lang der Wirth nur weiter borgt, Sind sie vergnügt und unbeforgt!“

zitierte Pfeffer.

„Vivo la Bagatella!“ rief aber Handor, ein ihm reiches Glas auf einen Zug leerend.

„Galt,“ sagte Höfsten, „hier gilt es eine Wette; da, Handor, ehe Du uns Dein Abenteuer erzählst, sag uns einmal, was für Wein das ist.“

„Und wer hat Dir gesagt, daß ich Euch überhaupt mein Abenteuer erzählen werde?“

„Als ob der Schweigen könnte,“ lachte ein Anderer; „hast Du wieder bei Deiner jungen Puzmacherin geschwärmt oder bei der dicken Banquierstochter, oder gar

welche die Gesetzgebung in ihrer gegenwärtigen Gestalt für die Wahrung des sozialen Friedens bei Streikunternehmungen bietet, sind im Vergleich zu den agitatorischen Kräften, welche heute mehr und mehr in Thätigkeit treten, ungemein beschränkt. Immerhin aber ist es anzuerkennen, daß, wie aus dem Erlasse des Ministeriums des Innern vom 11. April d. J. hervorgeht, die Staatsgewalt sich entschlossen ergibt, die ihr zur Zeit gebotenen geistlichen Mittel wenigstens voll und ganz auszunutzen.“ — So das schlesische Blatt. — Zunächst wollen wir bemerken, daß bis jetzt die meisten Anklagen seitens der Reaktion sich gegen die leichtfertigen unorganisierten Streiks richteten. Die Reaktion aber ist zur Besinnung gekommen; ihr kommen solche leichtfertige Streiks nur zu staten, während gut organisierte Streiks meist den Arbeitern Nutzen bringen. Daß die Arbeiter durch die Streiks „der bleichen Noth verfallen“, ist unrichtig, weil sie meist vor den Streiks schon in Noth waren. Aber solche Phrasen gehören zum reaktionären Handwerk. Die „Korrektur des Koalitionsrechts“ heißt natürlich nichts anderes, als Aufhebung desselben; denn wenn sich die „Schlesische Zeitung“ über die gegenseitigen Unterstützungen der Arbeiter äußert und diese verurtheilt, so kann von einem „christlichen Lohnkampf“ nicht mehr die Rede sein; werden aber diese Unterstützungen — denn darauf zielt die „Schles. Zg.“ ab, da andernfalls der ganze Artikel wiederlos wäre — vom Gesetz verboten, so sind die Arbeiter bei ihren Lohnbewegungen den Unternehmern auf Gnade und Ungnade überantwortet. — Daß die „Nordd. Allgem. Zg.“ den Ertrag der „Schles. Zg.“ abdruckt, ist eigentlich selbstverständlich. Aber es gab eine Zeit, wo die konservativen und gubernementalen Blätter es den liberalen Organen überließen, sich zu den Arbeitern in scharfen Gegensätzen zu bringen. Jetzt schweigen die liberalen Blätter oder schmeicheln auch wohl den Arbeitern, nämlich dem Eifer solcher Zeitungen, wie die „Schlesische Zg.“ und die „Nordd. Allg. Zg.“, es überlassend, für den Liberalismus die Rastanien aus dem Feuer zu holen.

Militär und Gemeinde scheinen in Gera nicht auf bestem Fuße zu stehen. Der bekannte Streit zwischen dem Stadtrath von Gera und dem Militär, welches sich weiterte, für das an die dortige Garnison gelieferte Brot die städtische Eingangsgabgabe zu zahlen, ist allerdings jetzt ausgeglichen. Das „Geraer Tagebl.“ bringt die Nachricht, daß laut der dem Stadtrath dreier Tage zugegangenen amtlichen Aufsertigung der königl. preussischen Intendantur des 4. Armeekorps die Forderung des letzteren: die ortshäufige Eingangsgabgabe für das aus der Militärbäckerei zu Gera eingeführte Brot, sowie für andere der städtischen Eingangsgabgabe unterliegende Naturalien zu entrichten, anerkannt wird. „Der Militärstatist“ verpflichtet sich demnach, nicht nur fernerhin die Eingangsgabgabe zu entrichten, sondern auch für das seit Jahresfrist eingeführte Brot die bezügliche Nachzahlung zu leisten. Uebrigens ist das Verhältnis zwischen Zivil und Militär dort noch immer kein günstiges. Man erinnert sich, daß vom 15. März v. J. ab das Passiren des Kasernenhofes den Bürgern von Gera nicht mehr gestattet und ihnen dadurch ein Hauptverkehrswege abgeschnitten wurde, — eine Maßregel, die allseitig darauf zurückgeführt wurde, daß im „Reichsgrund“ nach Mittheilungen von Bürgern Soldatenmißhandlungen besprochen wurden. Jetzt wird nun folgender Vorfall im „Beraischen Tageblatt“ berichtet: Als das 2. Bataillon des 96. Regiments am 1. Mai von Kasernenplage durch den nach der Humboldtstraße führenden Zugang zum Exerziren ausrücken wollte, fand es denselben durch eine quer argogene feste Planke gesperrt. Um fünf Uhr wurde diese durch Mannschaften des Bataillons weggerissen gleich darauf aber durch Zimmerleute wieder aufgerichtet. Um 6 Uhr kam Major von Trechow dazu, ließ die Planke sofort nochmals entfernen und stellte einen Posten am Eingange auf. Nach dem „Ger. Tageblatt“ liegt hier links ein schlechter Scherz, sondern ein Stück verurtheilte Nothwehr vor. „Das Snaakenstück zwischen der Humboldtstraße und dem Kasernenplatz ist nicht städtisches, noch weniger städtisches Eigenthum, sondern Privatbesitz. Die Besizer (Anwohner der Humboldtstraße), denen der für sie sehr nothwendige Uebergang über den Kasernenplatz gesperrt worden ist, haben Gleiches mit Gleichem vergelten und dem Militär den Uebergang über ihr Terrain sperren wollen. Das Militär hat dagegen zur Gewalt gegriffen, den errichteten Baun abgebrochen und fortgetragen.“

Freigabe. Die Feschlagnahme der Nr. 7 des „Gemeindebürger“ wurde durch Beschluß der 1. Strafkammer des Landgerichts München I wieder aufgehoben.

### Oesterreich-Ungarn.

In Wien soll im Jahre 1888 eine Gewerbe-Ausstellung veranstaltet werden. Man wollte dieselbe gleichzeitig zur Feier des vierzigjährigen Regierungsjubiläums des Kaisers Franz Joseph abhalten und ihr solcherart einen typisch patriotischen Charakter verleihen. Das letztere Vorhaben beargwöhnt jedoch, wie dem „Berl. Tagebl.“ gemeldet wird, Hindernisse, und zwar bei der — Regierung. Der Leiter des Handelsministeriums, Sektionschef Puchwald, erwiderte auf ein bezügliches Ansuchen des Niederösterreichischen Gewerbevereins, daß die Ausstellung keine lokale und typische

mit der kleinen Jüdin den Romeo gelesen? Der Mensch hat, bei Gott, ein Glück, um das man ihn beneiden könnte.

„Thorheiten!“ lachte Handor verächtlich; „welchen Wein meint Ihr?“

„Hier dieses Glas; aber jetzt koste vorsichtig, es gilt eine Wette.“

„Gebt mir vorher ein Stück Brod.“

Das Verlangte wurde gebracht, und während jetzt Handor den Wein mit Rennermiese prüfte und kostete, herrschte lautlose Stille in dem kleinen Raum. Krauß, der gerade in die Thür trat, blieb auf der Schwelle stehen.

„Nun, wo ist der gewachsen?“

Handor kostete noch einmal. „Rüdesheimer Berg,“ sagte er dann.

„Rüdesheimer?“

Handor nickte.

„Reine Herren,“ sagte Krauß, „ich muß Ihnen mittheilen, daß ich gestern zwei Fässer Wein, eines mit Karlobrunner und eines mit Rüdesheimer Berg, habe abziehen lassen, und wie ich eben von meinem Käfer höre, hat er beim Siegel den Lack verwechselt, was Schuld an dem Irrthum ist; Herr Handor hat recht, es ist allerdings Rüdesheimer Berg.“

„Alle Wetter,“ rief Hauptmann v. Seibitz, „die Zunge muß Handor viel Geld gekostet haben!“

„Ober anderen Leuten,“ meinte Pfeffer.

„Allen Respekt übrigens vor Ihrer Zunge, Herr Handor,“ fuhr Krauß fort, „und wenn Sie das Theater aufgeben wollten, möchte ich Sie wohl als Reisender engagieren; Sie sollten ganz vortreffliche Provisionen bekommen.“

„Herzlichen Dank, lieber Krauß,“ lachte der erste Liebhaber, „bin von Ihrer Güte überzeugt, bestände mich aber doch j-h noch besser so. Sollte ich aber wirklich einmal in den Fall kommen . . .“

„Dann wenden Sie sich nur an mich, ich halte mein Wort,“ nickte der alte Mann.

„Apropos, Handor,“ rief der Maler Arnold, der ihm

Freier sein soll, weil an einer solchen alle Böller des Reichs theilzunehmen hätten. Die Ausstellung wird schon einen ganz gewöhnlichen Charakter haben und eine ausschließlich niederösterreichische sein.

Ein polnisches Blatt, die „Gazeta Radniestransk“, theilt eine authentische Rechnung aus dem Borschlomer Grubebetriebe mit, welche die Art und Weise, in welcher der Spekulant und Ausbeuter mit dem armen, unwissenden galizischen Arbeiter umspringt, podend zum Verständniß bringt. Die Rechnung ist folgendermaßen angelegt:

Du hast gearbeitet 7 Tage . . . . .	—,07
jeder Tag zu 12 Stunden, also . . . . .	—,12
auf einen Tag, vertheilt . . . . .	—,01
hast genommen von mir 2 Loib Brot . . . . .	—,02
einen Loib Brot zu . . . . .	—,27
also für 2 Loib . . . . .	—,02
hast Du zu zahlen . . . . .	—,54
und für das Brot für 7 Tage hast Du zu zahlen . . . . .	3 78
hast getrunken während 7 Tage, d. i. . . . .	—,07
täglich 2 Gläschen Schnaps . . . . .	—,02
und für ein Gläschen . . . . .	—,01
4 Kreuzer . . . . .	—,04
folglich für 2 Gläschen Schnaps . . . . .	—,08
also für Schnaps für 7 Tage . . . . .	—,56
Kost für 7 Tage . . . . .	—,07
für einen Tag . . . . .	—,01
haben wir ausgemacht 20 Kr., also . . . . .	—,20
für Kost für 7 Tage . . . . .	1 40
für 7 Nächte Quartier . . . . .	—,07
und pro einer Nacht . . . . .	—,01
abgemacht zu 10 Kr., d. i. . . . .	—,10
zusammen pro Nachtquartier für 7 Nächte hat man Dir gestohlen einen Kessel . . . . .	—,01
im Werthe von . . . . .	—,50

Du bist mir also schuldig 8,68 zu fordern hast Du für Arbeit für 7 Tage zu 80 Kr. . . . . 5 60

Bleibst mir also noch schuldig 3 08

Die „Kreuzzeitung“ bemerkt hierzu: „Das sind nur einige Daten aus den Berichten über die Verhältnisse in Borschlomer, und da aus jenen Distrikten die meisten Nachrichten über Feuersbrünste kommen, so kann man sich eines nur allzu nahe liegenden Verdachtes nicht erwehren.“

### Rußland.

Die Gerüchte von einer plötzlichen Rückkehr des Czaren nach Petersburg haben noch keine definitive Bestätigung, aber auch noch kein Demerit erfahren. Nach einer Meldung des „Neuen Wiener Tagblatts“ aus Odesa wäre an den letzten drei Apriltagen der on die Czarenresidenz Yevadia angrenzende Wald niedergebrannt, in Folge dieses Ereignisses sei vielleicht eine rasche Rückkehr des Czarenhofes aus der Krain zu erwarten.

### Schweiz.

Vor einiger Zeit berichteten wir, daß das schweizerische Bundesgericht dem Ansuchen der russischen Behörden auf Auslieferung eines russischen Flüchtling's, des ehemaligen Kollegienassessors und Bureauchefs der Petersburger Wieslauer Staatsdomänen-Verwaltung Komposky, zu entsprechen beschloffen habe. Dem Berner „Bund“ zufolge war das Ansuchen der russischen Behörden dadurch begründet, daß Komposky 1) in eigennütziger Absicht eine Note der Petersburger Wieslauer Staatsdomänen-Verwaltung nicht rechtzeitig an die Moskauer Zwerische Staatsdomänen-Verwaltung abgab, und 2) eine Note des Komptoirs der Senatstypographie erwiderte und durch ein gefälschtes Papier ersetzt habe. Der verhaftete Komposky bestritt die Thatsachen der Auslieferung, da das Delikt des Amtsmißbrauchs nicht, wie es der Statut vom Jahre 1873 fordere, nach der Gesetzgebung beider Länder eine Strafe von mehr als einem Jahr Gefängniß nach sich ziehe, die Urkundenfälschung durch Beamte aber im Auslieferungsovertrage nicht als Auslieferungsdelikt genannt sei, und außerdem die Handlungsweise des Requirirten sich als politisches Delikt qualifizierte. Das Bundesgericht hielt diese Einwendungen für nicht stichhaltig und bewilligte die nachgesuchte Auslieferung R's, allerdings (gemäß Art. 6 des Staatsvertrages) mit dem ausdrücklichen Vorbehalte, daß der Ausgelieferte wegen allfälliger vor der Auslieferung begangener politischer Vergehen oder wegen Thatsachen, die mit solchen Vergehen in Verbindung stehen, in keiner Weise verfolgt oder bestraft werden dürfe. Dieser Vorbehalt erschloß sich als pure Heuchelei.

Die Laulaner Möbelschreiner streiken; sie verlangen die sechshündige Arbeitszeit.

### Belgien.

Die Sozialdemokratie in Belgien tritt von Tag zu Tag unter der Führung von Ansele zuversichtlicher auf. Die große Brüsseler Versammlung soll unbestimmt um ein etwaiges Verbot dennoch zu Pfingsten veranstaltet werden. Ansele

gegenüber sah, „haben Sie schon die schöne Fremde gesehen, welche heute angekommen ist, die Gräfin Rotiad? Die Partie milie ist hier nach Haagburg übergesiedelt.“

„Nein,“ rief Handor; „ist sie hübsch?“

„Bildschön,“ versicherte Arnold ganz in Feuer. „Sie wurde mir heute unter den Buden gezeigt, wo sie mit ihrem Mann und den Kindern spazieren ging; ein reizendes Bild mit einem von den Gesichtern, die der liebe Gott nur wenig Begünstigten mitgegeben und denen man auf den ersten Blick gut sein muß. Und was für wunderbar goldene Haar sie hat! Ich bin ihnen eine Weile nachgegangen, nur um die Sonne auf dem Haare blitzen und leuchten zu sehen.“

„Meiner Seel,“ rief Pfeffer, „wenn Sie so entzückt von rothen Haaren sind, weshalb malen Sie denn nicht einmal meine Schwester, die Bassini? Die brennt.“

Alle lachten.

„Der Pfeffer ist doch ein ganz nichtsnuhiger Patron, nicht einmal seine eigene, leibliche Schwester kann er ungeschoren lassen,“ rief Bertsel.

„Bah, ungeschoren,“ sagte Pfeffer, „sie trägt eine Feuerkrücke!“

„Lassen Sie mir die Bassini in Ruhe!“ rief Höfsten bazwischen; „das ist eine ganz brave Person, wenn sie auch sonst vielleicht ihre Wunderlichkeiten hat. Und mir ordentlich und ehlich bringt sie sich mit ihrer kleinen Gage durch, daß sie nicht einen Pfennig Schulden in der Stadt hat!“

„Das kann Handor auch von sich sagen,“ meinte Pfeffer.

„Ich wollte, es wäre wahr, Pfeffer,“ bemerkte Krauß trocken, und ein tolles Gelächter brach von allen Seiten los.

„Lacht nur,“ sagte aber der erste Liebhaber, während sich ein spöttischer Zug um seine Lippen legte; „wir wollen aber einmal sehen, wer von uns hier heute über vier Wochen die wenigsten Schulden haben wird, Ihr oder ich.“

„Du hast wohl in die Lotterie gespielt?“ fragte Höfsten.

zugeteilt zu werden der Gabe wenn ich man ist erwidert  
 Du und  
 us st  
 am 18  
 halle d  
 vierzig  
 deren  
 besten  
 und se  
 Ingeni  
 haben,  
 aus der  
 gebäude  
 Der  
 die  
 Troco  
 tratmet  
 die Lan  
 Raich  
 nämlich  
 Reichlich  
 ihren  
 schon er  
 lante.  
 möge l  
 De  
 gefordert  
 Seine  
 auf me  
 Du parte  
 könne.  
 und w  
 davon  
 Hauptla  
 geführt  
 Stadt g  
 In  
 nichts  
 Räuber  
 Abg.  
 Garie,  
 unter a  
 Anfang  
 trieben  
 Taxifen  
 dem ne  
 1878.  
 weiter  
 wenig  
 darauf  
 wolle, d  
 Bot  
 Strafk  
 tungen  
 Die  
 schmer  
 Karollo  
 Ueb  
 sind vie  
 Die Lor  
 stiones e  
 Wähler  
 treter zu  
 Sie will  
 und an  
 abgeleh  
 werden.  
 Interes  
 die zwei  
 jezustell  
 ist. Es  
 eine Dre  
 liberale  
 formbill  
 daß eine  
 schenlich  
 gram m  
 an seine  
 Bassus,  
 „R  
 Gouvern  
 „R  
 und nu  
 Augen i  
 Für  
 bean da  
 Kawesen  
 eines n  
 Es  
 so selten  
 sicker wo  
 „R  
 Augen  
 wenn id  
 wissen,  
 sehen.“  
 „R  
 uns trin  
 rief Geo  
 Gan  
 und für  
 ober in  
 hatte au  
 Gegenstre  
 auch ein  
 „R  
 Sie u  
 Mann.  
 „R  
 brauchen  
 meine  
 nicht mi  
 „R  
 etwas de  
 Brille;  
 Abends

zuerst sich über, er erwarde, daß 50-60 000 Sozialisten zu Pflichten nach Brüssel kommen werden, um in den Straßen der Hauptstadt das allgemeine Stimmrecht zu verlangen. „Und wenn Sie es, wie vorauszusehen, nicht bekommen?“ fragte man ihn. „Dann haben wir im November die Revolution!“ erwiderte Anseele.

### Frankreich.

Das „Journal officiel“ fordert die französischen Ingenieure und Architekten auf, Zeichnungen und Pläne für die Weltausstellung von 1889 dem Handelsministerium einzusenden. Am 18. Mai müssen alle diesbezüglichen Arbeiten in die Festhalle des Hotel de Ville eingereicht sein; sie sollen nach einer vierwöchigen öffentlichen Ausstellung von einer Kommission, an deren Spitze Herr Lodyon steht, beurteilt werden. Für die besten Entwürfe sind drei Preise von je 4000, drei von je 2000 und sechs von je 1000 Franken ausgesetzt. Nur diejenigen Ingenieure oder Architekten, welche einen dieser Preise erhalten haben, werden zu einer engeren Preisbewerbung zugelassen, aus der die definitiven Pläne für den Bau der Ausstellungsgebäude und, was damit zusammenhängt, hervorgehen sollen. Der sich von dem Industriepalast der Champs Elysees über die Quai de la Seine bis zum Champ de Mars und zum Trocadero erstreckende Ausstellungsraum umfaßt 291 000 Quadratmeter, von denen 32 000 für die schönen Künste, 25 000 für die Landwirtschaft, 6000 für die Kolonien, 90 000 für die Maschinen, 180 000 für die anderen Sektionen und 20 000 — nämlich das erste Stockwerk des Industriepalastes — für die Festlichkeiten bestimmt sind. Die Preisbewerber müssen in ihren Plänen den nötigen Raum reservieren, auf dem der schon erwähnte, 300 Meter hohe eiserne Thurm erbaut werden könnte. Jede Seite des Vierecks, die ihm als Basis dient, möge 125 Meter.

Der Bauminister Palhaut hat den Seinepräfecten aufgefodert, den Pariser Gemeinderath und den Generalrath der Seine einzuberufen, um durch dieselben feststellen zu lassen, auf welche Zuschüsse der Staat seitens der Stadt und des Departements für die Ausführung der Stadtbahn rechnen könne. Der Gemeinderath ist auf den 17. Mai einberufen und wird voraussichtlich eine Geldbeteiligung der Stadt davon abhängig machen, daß der vom Minister vorgelegte Bauplan geändert und die Stadtbahn nicht bloß im Bogen geführt werde, sondern in ihrer Hauptlinie mitten durch die Stadt gehe.

In Decazeville hat sich an der unerquicklichen Lage nichts geändert. Einem Berichterstatter, der ihn aufsuchte, um Näheres über die Unterhandlungen zu erfahren, welche von den Hrn. Richelin und Blanteau eingeleitet wurden, antwortete Garria, der Präsident der Delegirten, die Arbeiter werden unter allen Umständen den Rathschlägen ihrer Delegirten folgen. Anfangs hätte man sich noch mit der Entlassung Blazis zufriedengegeben; jetzt aber würde man sich nicht mehr mit den Tarifen begnügen, die bis Dezember v. J. üblich waren, sondern verlange die Rückkehr zu denjenigen vor dem Streik von 1878. Wenn die Gesellschaft sie verweigere, so werde man weiter streiken, sechs Monate, ein Jahr, zehn Jahre, und so wenig seien die Arbeiter zum Nachgeben geneigt, daß man es darauf anlege, der Gesellschaft das zuzumuthen, wozon man wisse, daß sie es nicht gewöhnt habe.

### Italien.

Vom 3. bis 4. Mittag kamen in Brindisi zwei Cholera-Gebrannten und ein Cholera-Todesfall vor, in Ostuni sechs Gebrannten und zwei Todesfälle, in Viano zwei Erkrankungen und ein Todesfall.

### Spanien.

Die Zeitungen melden als bemerkenswerth das Erscheinen eines spanischen Kanonenbootes an der Westküste von Marokko.

### Großbritannien.

Ueber das Schicksal der irischen Home-rule-Bill sind vielfach, einander widersprechende Gerüchte im Umlauf. Die „Londoner Allg. Correspondenz“, welche die irische Politik Gladstones eifrig verfolgte, meint, daß die Massen der liberalen Wähler durchaus nicht den Anschauungen jener liberalen Vertreter zustimmen, welche zu Gladstone in Opposition treten. Sie will ferner wissen, daß Gladstone das Parlament auflösen und an das Land appelliren werde, wenn die irischen Vorlagen abgelehnt oder nur mit geringer Stimmenmehrheit angenommen würden. Eine sofortige Auflösung des Parlaments läge im Interesse der Regierung, nur wolle man die Abstimmung über die zweite Lesung der irischen Vorlagen abwarten, um genau festzustellen, wer unter den Liberalen Gegner der Vorlagen sei. Es scheint, daß die Meldung der „Allg. Correspondenz“ mehr eine Drohung, an die Liberalen gerichtet, bedeute. Häufig Liberalen haben bereits öffentlich erklärt, gegen Gladstones Reformbill stimmen zu wollen. Von anderer Seite verlautet es, daß eine Hinausschiebung der Home-rule-Bill nicht unwahrscheinlich sei. Das bereits gestern nach einem Wolffschen Telegramm in den „Sunday Times“ mitgetheilte Manifest Gladstones an seine Wähler enthält, wie die „Allg. Correspondenz“ mittheilt, einen Passus, welcher in der That eine Hinausschiebung der Home-

„Rein, er heirathet eine Gouvernante und wird Gouverneur“, meinte Pfeffer.

„Thorheit“, rief Handor, „da kommt der Champagner, und nun Gläser her und ein volles Glas den schönsten Augen!“

Für den Augenblick war jedes weitere Gespräch gestört, denn das Einschenken, Anstoßen und Trinken beschäftigte die Anwesenden so vollkommen, daß sie nicht einmal den Eintritt eines neuen Gastes bemerkten.

Es war der junge Graf Monford, der gar nicht etwa seltener die Künstlerneipe besuchte, weil er dort immer seltener, gute Gesellschaft zu finden.

„Nun mußt Du uns aber auch Deine schönsten Augen nennen“, Handor, rief Höflich ihm zu, „denn wenn ich Ihnen ein Glas bringen soll, muß ich auch wissen, an welchem Theile des Himmels diese Sterne stehen.“

„Die indiskret, Kamerad“, lachte Handor, „jeder von uns trinkt den Augen, die er für die schönsten hält.“

„Und in dem Sinne nehme ich auch ein Glas mit“, rief George Monford; „heh, Kellner, noch Champagner!“

Handor war bei der Stimme rasch herumgefahren, und für den Augenblick verlor sein Anlitz jede Farbe; aber in dem Kumult bemerkte es Niemand, und Handor hatte auch rasch genug seine Fassung wiedergewonnen.

„Graf Monford“, rief er erfreut, ihm die Hand entgegenstreckend und sie herzlich schüttelnd, „lassen Sie sich auch einmal wieder bei uns sehen!“

„Ich bin heute eigentlich nur hergekommen, um Sie auf ein paar Minuten zu sprechen“, sagte der junge Mann.

„Wohin?“

„Nachher; eine Geschäftsfrage“, lachte George; „Sie brauchen nicht zu erschrecken. Also den schönsten Augen, nicht mittränke.“

„Bitte um Verzeihung“, sagte Pfeffer, „wenn ich auf etwas derartiges anstiehe, so wäre es höchstens auf die „Beste Welle“; der Teufel soll die schönsten Augen holen, wenn man Abends nicht mehr damit lesen kann.“

rule-Bill erwarten ließe. Danach heißt es im Manifest: Das Unterhaus habe jetzt nur über den Grundzug der Reformvorlage zu entscheiden, über die Meinungsverschiedenheiten in Einzelheiten könne man sich ja in der Folge einigen.

Als das neue Panzerschiff „Collingwood“ am 4. d. zum ersten Male den Hafen von Portsmouth verließ, und die Kanonen und Maschinen zu erproben, sprengte ein Hinterladergeschütz von 43 Tons den Thurm, auf welchem sich dasselbe befand, in die Luft, wodurch vielfacher Schaden angerichtet wurde. Personen wurden nicht verletzt.

### Balkanländer.

Delyannis erklärte in einer Unterredung mit einem Journalisten bestimmt, daß es zu keinem Kriege kommen würde. Die Entwaffnung der griechischen Truppen sei prinzipiell beschlossen, indessen gehe dieselbe langsamer, als die Großmächte sie verlangten, vor sich. Die Antwort auf das Ultimatum sei unmittelbar bevorstehend. Delyannis dürfte somit das Besondere seiner Lage eingesehen haben. Möglicherweise würden er und sein Cabinet dann dem Volkswillen in Griechenland, welcher in schwer begreiflicher Verblendung bis zur letzten Stunde auf die Hilfe Frankreichs Ausschloß, haute, zum Opfer fallen; Europa kann dies ziemlich gleichgültig lassen. Die Auftrassung der Wiener Blätter ist indes keine optimistische. Nach der „N. fr. Pr.“ beabsichtigt Delyannis keine andere Erklärung, als die der französischen Regierung geleistete, aufrecht zu erhalten. Man hält die Absicht der großmächtigen Geandten für unmittelbar bevorstehend.

In Serbien ist nunmehr der völlige Friedenszustand eingeleitet. Das Standrecht wurde in allen Kreisen, wo es noch bestand, aufgehoben, desgleichen wurde das suspendirte Vrecht und Versammlungs-Gesetz wieder in Kraft gesetzt. Die Urwahlen für die Slupschina wurden am Sonntag beendet. Das Resultat ist schwarz. Die Regierung und die Opposition behaupten beide, die Majorität errungen zu haben. Die Opposition beschuldigt die Behörden einer Fälschung der Wahllisten und der Verhinderung der Stimmenabgabe oppositioneller Wähler.

### Amerika.

Nach einer Berechnung „Bradstreet“ haben die Arbeitgeber von 32 000 Arbeitern achtstündige Arbeitszeit unter Beibehaltung des Lohnes für zehnstündige Arbeitszeit zugestanden; 6000 Arbeiter streiken noch, um dieses Ziel zu erreichen, und 80 000 werden bald deshalb die Arbeit einstellen; 20 000 wollen zur Erlangung eines zehnstündigen Arbeitstages streiken und 75 000 haben eine solche Forderung formell gestellt, ohne zugleich mit einem Streik zu drohen. — Die Gewerksvereine glauben, nach der „Frankf. Zig.“, durch die Agitation der „Ritter der Arbeit“ bedroht zu sein und treten daher feindselig gegen diese auf. Die Vorstände verschiedener ausgedehnter Gewerksvereine haben eine Proclamation gegen die Ritter der Arbeit erlassen und zu einer allgemeinen Konferenz für den 18. Mai in Philadelphia eingeladen. Einer von den Trades Unions veranstalteten, am 1. Mai auf dem Union-square in New-York zu Gunsten des achtstündigen Arbeitstages abgehaltenen Massenversammlung wohnten 160 Vereine bei. Die Streiks in New-York enden, ohne daß die Arbeitgeber Zugeständnisse machen. Die Third Avenue Tram-bahn arbeitet mit Hilfe von Nacht Streikern und die Buder-raffinerie in Brooklyn, wo viele Deutsche gestreikt und Aufhebungen veranlaßt hatten, sind im vollen Gange, ohne daß die Arbeitslöhne erhöht worden sind. In Chicago haben 20 000 Mann gestreikt — darunter Brauer, Bäcker, Möbelschneider, Schuhmacher, Eisenarbeiter, Zigarrenarbeiter, Fleischpader und Bauhandwerker — und Sonnabend wurden 8000 Arbeiter der Möbelschneiderei mit einer Arbeitssperre bedroht, da die Arbeitgeber mit Rücksicht auf 3 kleinen Firmen alle Zugeständnisse ablehnten. In der Demonstration nahmen 30 000 Personen theil, darunter 7500 Eisenbahnarbeiter und 15 000 Nichtstreiker. Durch den Streik verhielt wurden folgende Bahnen: Wabash, New-Albany, Illinois Central, Dale Shore, Chicago Burlington and Quincy, Chicago and Alton, Chicago Rock Island und die Pacific-Bahnen. In St. Louis haben die Möbelschneider achtstündige Arbeitszeit für achtstündigen Lohn angenommen. In Milwaukee sind verschiedene Brauereien und Fabriken geschlossen, in Detroit haben 3000 Brauer die Arbeit eingestellt und in Louisville hielten 6000 Arbeiter ein Meeting zu Gunsten des achtstündigen Arbeitstages. Streiks werden auch aus Kansas City und Pittsburg gemeldet. — Das bereits erwähnte Urtheil der New-Yorker Grand Jury gegen das Boykotten wird lebhaft besprochen. Dasselbe soll die Hauptschuld an den Aufhebungen den Fremden zuschieben. Die Grand Jury ist aus Männern verschiedener Nationalitäten und Glaubensbekenntnisse zusammengesetzt und man glaubt daher nicht, daß ihre Beschlüsse aus Abneigung gegen die Fremden gefaßt worden sind; sie hat einmüthig die Anklage gegen hundert Personen beschlossen, von denen nicht ein einziger ein Amerikaner ist. Doch ist noch zweifelhaft, ob sie alle verhaftet werden.

Unter „Lezte Nachrichten“ meldeten wir gestern, daß es in Chicago zu einem bewaffneten Zusammenstoß zwischen streiken-

„Hahaha, Freund Pfeffer, immer giftig!“

Graf Georg rückte jetzt mit zum Tisch und das Gespräch wurde allgemeiner; nur Handor war merkwürdig einfältig geworden, und so ausgelassen lustig er im Anfang erschienen, so schweigsam zeigte er sich jetzt, daß es sogar den Tischgenossen auffiel. Wie er aber nach einander ein paar Gläser des feurigen Trankes hinuntergestürzt, wurde er etwas lebendiger; doch lagen ihm immer noch die paar Worte auf dem Herzen, welche ihm der junge Graf vorher gesagt. Was wollte der von ihm? Eine Geschäftsfrage? War er dem Diebesverhältnis mit dessen Schwester auf die Spur gekommen und wollte ihn jetzt vielleicht gar fordern? Die Kavaliere nannten das eine Geschäftsfrage. Das Gefühl wurde ihm zuletzt so unbehaglich und drückend, daß er aufstand, hinter Graf Georg's Stuhl ging und, leise seine Schwester berührend, sagte: „Mein lieber Herr Graf, Sie wollten mir vorhin etwas mittheilen; wenn ich bitten dürfte, ich kann nicht mehr lange bleiben.“

(Fortsetzung folgt.)

### Aus Kunst und Leben.

Schrecklicher Unglücksfall. Hamburg, 4. Mai. Ein grauenvoller Anblick bot sich gestern Morgen den Arbeitern eines an der Eilenau befindlichen Neubaus. In einer derselben für die Arbeiter provisorisch erbauten Latrine fand man die Leichen eines jungen Mädchens und eines kleinen Kindes männlichen Geschlechts. Die Verunglückte, welche den Scheuren nach einem martervollen Tod gefunden hatte, ist wahrscheinlich auf der Anstalt von Geburtswehen überrascht und hintenüber geschlagen, ohne nachher die Kraft zu besitzen, sich aus dieser verzweifelten Lage befreien zu können. Das Kind, welches nach ärztlichem Befund bei der Geburt gelebt hat, ist in dem Schmutz erstickt. Nach den in den Leichen der Bedauernswerthen vorgefundenen Papieren ist dieselbe die in der Poppenbuderstraße wohnende uneheliche A. W. Ehrig. Die Leichen wurden nach dem Leichenhause geschafft.

Nordgrönland-Expedition. Am Monat Mai wird mit dem Barkschiffe „Thorwaldsen“ von Kopenhagen eine Expedition nach Nordgrönland abgehen. Die Aufgabe der Expedition ist die Untersuchung und Vermessung des nördlichsten Theils der dänischen

den Arbeitern und Polizeimannschaften gelommen sei. Nach einer weiteren Meldung hat ein Militärbataillon Befehl erhalten, sich bereit zu halten, nach Milwaukee abzugehen. Eine große Anzahl Teilnehmer an den in Chicago und Milwaukee stattgehabten Unruhen werden als „fremde Sozialisten“ bezeichnet.

### Sien.

Die Engländer verfolgen merkwürdige Praktiken gegenüber den unterworfenen Birmanen. Um sich für die Unkosten der Eroberung Birma's einigermaßen schadlos zu halten, haben sie nämlich beschlossen, alles während des Krieges erbeutete Eigentum zu verkaufen und das Erträgniß zur Bestreitung der Kosten des Feldzugs zu verwenden. In Birma herrscht vollständige Anarchie; 2000 Häuser und ein Theil des Palastes sind in Mandalay unter den Augen der englischen Besatzung niedergebrannt und die „Räuber“ machen den englischen Truppen so viel zu schaffen, daß dieselben sofort auf die respectable Stärke von 25 000 Mann gebracht werden sollen.

Die Insel Formosa, auf welche Frankreich im letzten Kriege mit China bekanntlich spekulirte, scheint sich der besonderen Aufmerksamkeit der chinesischen Regierung zu erfreuen. Letztere läßt nach dem „D. Tagbl.“ bei dem von den Franzosen besetzten Vorkafen dieser Insel, Kelung, zwei neue Festungswerke aufführen.

### Gerichts-Zeitung.

Die Geheimniß einer Rixdorfer Wurstfabrik wurden am Freitag vor dem dortigen Sadßengericht in einer siebenstündigen Sitzung enthüllt. Angeklagt war der Schlächter Gräyweil, weil er Pferdefleisch zu Wurst verarbeitet und unter Verheimlichung dieses Umstandes diese Wurst verkauft haben sollte. Zur Verhandlung waren 24 Zeugen geladen, außerdem noch die Sachverständigen Dr. Bischoff, Kreisbakteriologe Klein und Hofschlächtermeister Hester. Der Angeklagte bestreitet, jemals Wurst mit Pferdefleisch verkauft zu haben, will aber für Pferdeschlächter Wurst von Pferdefleisch fabrizirt haben. Die Hauptzeugen, drei Schlächtergesellen, stellen unabweisbar fest, daß Gräyweil wöchentlich mehrmals, entweder selbst aus Berlin Fleisch ohne Knochen in Säcken, Körben oder Kisten geholt habe, und daß des Nachts solche Fleischlieferungen ankamen. Wenn die Gesellen Morgens aufstanden, fanden sie oft große Quantitäten Fleisch vor, welche am Abend vorher nicht dagewesen waren. Dieses Fleisch war stets ohne Knochen, ohne Sehnen und ohne Fett und wurde von den Gesellen als Pferdefleisch bezeichnet. Gräyweil gab dies Fleisch stets selbst auf den Block, meist in dem Verhältnis, daß zu Schlachtwurst nur wenig solches Fleisch, zu Mettwurst und polnischer Bratwurst aber nur Pferdefleisch nebst Zusatz von Fett gegeben wurde. Zum eigenen Gebrauch wurde jedoch Wurst von Rindfleisch fabrizirt. Wenn Rindfleisch oder Schweinefleisch ankam, sei dasselbe immer erst gewogen worden, während dieses knochenlose Fleisch nie gemogen wurde. Sogar des Nachts seien Säcke mit solchem Fleisch über den Haun geworfen worden und dann von Gräyweil in das Haus geschafft worden. Viele Hausbewohner beklagen, daß des Nachts sehr oft ein sehr geschäftiges Treiben gebrüht habe. Frau Pferdeschlächter Wanderbrud mußte bezeugen, daß der Angeklagte wöchentlich bis zu 400 Pfund Pferdefleisch ohne Knochen bezogen habe und an die Feugin Wurst geiefert habe, welche dieselbe nach auswärts wieder verkauft habe. Von einem Verarbeiten des Fleisches durch den Angeklagten für die Feugin sei keine Rede. Verschiedene Budler haben vom Angeklagten Wurst bezogen, immer im Glauben, Wurst von Rind- und Schweinefleisch erhalten zu haben. Von verschiedenen Engroschlächtern kaufte der Angeklagte oft Rind- und Schweinefleisch aber nur geringster Sorte. Hofschlächtermeister Hester bezeichnete den Preisbureau des Angeklagten als derartig, daß die Abnehmer nicht auf die Vermuthung kommen konnten, Wurst von Pferdefleisch zu erhalten. Die Preise seien zwar niedrig, aber immerhin für Waare geringerer Qualität im Engrosverkehr angemessen. Kreisbakteriologe Klein hat die beschlagnahmte Wurst von vielen Bacterien untersucht und ist zu dem Resultat gekommen, daß in der beschlagnahmten Wurst Pferdefleisch enthalten sei. Dr. Bischoff erklärte dies für nicht ganz sicher. Der Staatsanwalt hielt den Angeklagten für vollständig überführt und beantragte wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz 2 Monate und wegen Betruges 1 Monat Gefängnis. Das Urtheil lautete auf 2 Monate und 1/2 Monat Gefängnis, gesetzlich abgemindert auf 3 Monate Gefängnis. — Vor dieser Verhandlung wurde ein „biederer“ Rixdorfer Bürger (so nannte ihn nach der „Deutschen Fisch-Zig.“) der Vertheidiger zu 30 Mark Geldstrafe verurtheilt, weil er einen Hund geschlachtet und das Hundestfleisch als Hammelfleisch an Bekannte verkauft hatte.

An Stempelgebühren für Prozeß-Vollmachten wurden bisher für jede Vollmachtsumkunde, gleichviel, ob sie von einem oder mehreren Prozeßbetheiligten ausgestellt worden, 1,50 Mark erhoben. In Folge eines Reskripts des Provinzial-Steuer-Direktors erforderte unterm 5. März cr. die Gerichtskasse des Amtsgerichts II hierseibst von dem Rechtsanwalt Dr.

Distrikte an der Westküste und der beinahe vollständig unbekanntes Küstenstreife bis zur Melvillebucht; diese Arbeiten sollen im Herbst so lange fortgesetzt werden, als die schwierigen Eisverhältnisse dies gestatten. Der „Thorwaldsen“ wird zuerst die Kolonie Godhavn anlaufen, wo die Expedition den kurzen Aufenthalt zur Vervollständigung der vorhandenen Karten über den Einlaß zu dieser Kolonie benutzen wird. Von hier aus geht die Expedition in grönländischen Frauenbooten nach ihrem Bestimmungsorte, der Kolonie Upernivik auf, wo der Winteraufenthalt genommen werden soll. Im Laufe des Winters sollen Schlittenexpeditionen nach dem Innern und im folgenden Frühjahr kleinere Bootausflüge an der Küste und in die Fjorde so lange unternommen werden, bis ein Schiff zur Abholung der Expedition von Kopenhagen in Upernivik eintrifft.

Die Entziehung des Wortes „Boycottiren“. Kapitän Boycott war der unerbittliche Vertreter eines englischen Lords, der jeden klümgigen Pächter erbarmungslos von der Scholle trieb. Die Liga warnte nun jeden Irlander, die frei gewordenen Pachtungen zu übernehmen, und als sich trotzdem Leute fanden, welche die verlassen Häuser bezogen, wurden sie einfach in die Acht erklärt; kein Nachbar durfte mit ihnen verkehren; waren sie krank oder im Unglück, durfte sie kein Arzt, kein Priester besuchen; in Feuergefähr kam Niemand zu löschen; ihre Pferde fanden keinen Schmied zum Hufbeschlag, ihre Pflüge und Karren keinen Wagner, der den Schaden ausbebeßelt hätte; ihre Räder, Stuten und Ziegen waren zur Unfruchtbarkeit verdammt; in dem nahen Frieden fanden sie selbst keinen Unterstand und für ihr Haus, für ihr Korn, für ihr Vieh und für ihr Geflügel keinen Käufer, aber nicht nur keinen Käufer, sie fanden auch keinen Verkäufer; kein Hündhölchen und kein Bäckchen Tabak konnte sich ein Boycottirer im ganzen Umkreise verschaffen; in der Kirche blieb er am Sonntag allein, denn bei seinem Erscheinen verließ die ganze Gemeinde das Gotteshaus. . . In einer trüben Stunde verließ der von allen Verlassene die Pachtung und schloß sich der — Liga an. Und alle jene, welche an die Stelle gewaltsam vertriebener Pächter traten, erlitten dasselbe Schicksal, wie jenes, das den Pächtern Kapitän Boycott's gewiß war, d. h. sie wurden boycottirt. Aber nicht nur die einzelnen Pachtungen, auch ganze Landgemeinden wurden mit der Zeit in Acht erklärt und dann kamen ganze Märkte und Verkehrsvereine, Bahnen und Dampfstraßen daran, denen die Liga verboten hatte, die Erzeugnisse boycottirter Güter zu verschaffen.

F. Friedmann, der eine Vollmacht von zwei Angeklagten gar nicht hatte, für jeden derselben einen Stempelbetrag von 1,50 Mark. Der Wichtigkeit der Sache wegen remonstrirte der genannte Verteidiger gegen diese Festsetzung und legte gegen den abwesenden Bescheid des Amtsgerichts Beschwerde ein. Auf dieselbe ist nun folgender einschneidende Beschluss der I. Strafkammer hiesigen Landgerichts II ergangen: „Die Beschwerde des pp. wegen doppelten Ansages des Vollmachtstempels wird als unbegründet kostenspflichtig zurückgewiesen. Das in Bezug genommene Erkenntnis des Igl. Obergerichtes vom 12. September 1877 kann in vorliegendem Falle nicht maßgebend sein, weil es sich auf einen einseitigen prozessualen Anspruch verschiedener Streitgenossen auf eine Berechtigung bezieht und daher der von diesen mehreren Personen ertheilte Auftrag derselbe war, damit Einseitigkeit des Vollmachtstempels und damit auch der Stempelpflicht vorlag. Anders liegt dagegen der vorliegende Fall, durch welchen zwei Angeklagte in derselben Sache einen gemeinschaftlichen Verteidiger durch eine Vollmacht bestellen. Hier liegt zwischen ihnen keine prozessuale Gemeinschaft vor, wie in dem vorgedachten Zivilprozeß; es kann auch von einem gemeinsamen Interesse nicht die Rede sein, im Gegenteil wollen bei verschiedenen Angeklagten oft entgegengesetzte Interessen ob. Jeder Angeklagte giebt nur zu seiner eigenen auf Freisprechung gerichteten Verteidigung Auftrag ohne Rücksicht auf die Verteidigung des Mitangeklagten. Es kann daher mit Rücksicht hierauf, sowie auf das Reskript des Provinzial-Steuers-Direktors dem ersten Richter nur darin beigetreten werden, daß der Stempel zu der von beiden Angeklagten auf den Rechtsanwalt Dr. F. Friedmann ausgestellten Vollmacht vom 26. Februar cr. zweimal zum Ansatz zu bringen ist. — Jetzt bleibt nur noch der Zivilprozeß auf Rückzahlung von 1,50 M. übrig, der bis zum Reichsgericht gebracht werden kann.

**Reichsgericht - Entscheidung.** Leipzig, 4. Mai. (Beleidigte Unteroffiziere.) In der „Reininger Zeitung“ erschien am 28. November v. J. eine Notiz etwa folgenden Inhaltes: „Ein Unteroffizier des 82. Infanterie-Regiments soll einen Ersatzrekruten durch einen Fußtritt in der erbedlichsten Weise verletzt haben. Gegen den Soldatenschilder ist die Untersuchung bereits eingeleitet und die Haft angeordnet.“ Bald darauf wurde diese Mitteilung durch eine Fußschrift des Kommandos jenes Regiments an mehrere Blätter als unwahr erklärt und gegen den Redakteur der „R. Ztg.“, Oscar Rudolf Brönnner, Strafantrag wegen Beleidigung gestellt. In der Verhandlung, welche am 10. März vor dem Reininger Landgerichte stattfand, gab der Angeklagte an, er habe die Mitteilung in dem guten Glauben veröffentlicht, daß sie auf Wahrheit beruhe, denn sie sei ihm von den verschiedensten Seiten überbracht worden. Er habe durch die Veröffentlichung Niemand beleidigen, sondern nur das Publikum beruhigen wollen. Dasselbe habe aus der Mitteilung entnehmen sollen, daß, wenn solche Ausschreitungen vorkämen, der Schuldige auch seine Strafe erhalte. Das Gericht erachtete ihn aber doch einer Beleidigung sämtlicher Unteroffiziere des 82. Regiments für schuldig und verurtheilte ihn zu 200 M. Geldstrafe. In dem Urtheile hieß es: „Man könnte versucht sein anzunehmen, die übrigen Unteroffiziere seien nicht in Mitleidenschaft gezogen, weil nur von einem die Rede ist, aber gerade dieser eine könne sich nicht beleidigt fühlen, weil er nicht näher bezeichnet ist, in dessen die Unbestimmtheit des Ausdrucks läßt dem Publikum auch die Unschuldigen verdächtig erscheinen. Das Gericht nimmt an, daß jeder Unteroffizier des Regiments verdächtigt worden ist und daß der Angeklagte dieses Resultat wollte, denn er hätte sich leicht beim Kommando über den Sachverhalt erkundigen können, was er aber unterlassen hat. — Die Revision des Angeklagten gegen dieses Urtheil kam am 3. Mai vor dem III. Strafsenate des Reichsgerichtes zur Verhandlung. Da überhaupt nur von einem Unteroffizier die Rede gewesen sei, so führte die Beschwerde aus, so erscheine eine Beleidigung aller übrigen ausgeschlossen. Eine Deklaration müßte sonst auch eintreten, wenn der Wahrheitsbeweis erbracht worden wäre, da die sämtlichen anderen dann unschuldig in Verdacht gekommen wären. Eine Kollektivbezeichnung sei hier nicht gewählt worden, also sei auch nicht die Folgerung möglich, daß mit einer solchen jeder einzelne habe getroffen werden sollen. Als Soldatenschilder sei nur der eine bezeichnet worden, der sich einer Mißhandlung eines Soldaten schuldig gemacht habe. Außerdem wurde noch gerügt, daß ein mitgetheiltes Gerücht als Thatsache bezeichnet ist und daß dem Angeklagten nicht der Schutz des § 193 zu Theil geworden sei. — Der Reichsanwalt beantragte Verwerfung der Revision. Es sei eine feststehende Praxis, daß ein ganzer Kreis von Personen als beleidigt angesehen werden könne, wenn keine einzelne Person des Kreises näher bezeichnet worden sei. Die Mitteilung einer Thatsache müsse auch in der Mitteilung eines Ge-

rüchtes erblickt werden. Daß die Presse kein „berechtigtes Interesse“ wahrnehme, wenn sie irgend etwas beliebiges aufgreife, sei vom Reichsgerichte wiederholt ausgesprochen worden. Festgestellt sei, daß der Angeklagte in dem Bewußtsein gehandelt habe, daß er sämtliche Unteroffiziere beleidige und dieses Bewußtsein genüge, um den Vorfall herzustellen. — Das Reichsgericht verwarf darauf die Revision.

### Soziales und Arbeiterbewegung.

Aus Bayern wird und geschrieben: Von klassischer Nationalität ist eine Aeußerung im 1885er Berichte der Handels- und Gewerbekammer für Schwaben und Neuburg. In Schwaben, besonders in Augsburg ist bekanntlich ein Hauptplatz der deutschen Textilindustrie. Bekanntlich werden gerade in dieser Branche die meisten Weiber und Kinder beschäftigt, und gerade in diesem Erwerbszweige würden „erschreckend wie Gemitter die goldenen Rädchen der Arbeiter-schutzes wirken. In dem Rapport der Handelskammer heißt es nun: „Die Einführung des Normalarbeitstages und weitere Beschränkung der Kinderarbeit wird perhorrescirt.“ Das glauben wir gern, da die „delikatsten, zarten Rinderfinger“ und die endlose Länge des Arbeitstages solche teure Dividenden schaffen, wie im „Berliner Volksblatt“ kürzlich gerade für Augsburg, die Residenz des nationalliberalen Dalai-Yama, des „rothen“ Fischer, pardon! von Fischer, festgesetzt worden ist. Jeder human denkende Mensch aber perhorrescirt das Verhorresciren des Normalarbeitstages und der Einschränkung der Kinderarbeit. So lange wenigstens, bis die Fabrikanten, Aktionäre u. s. w. ihre Kinder an die Spinnmaschine und in den Webstuhl schicken. Dann wollen wir weiter reden. — Die Ugrfäden- und Laubgefäbrillation bellaat den durch den Zwischenhandel verursachten Preisdruck. — Die Messingfabrikation verzeichnet abermals niedrigere Preise und daher ungünstige Resultate. Der Fabrikationszweig, welcher unter einer übergroßen Konkurrenz zu leiden hat, hängt überdies fast ganz vom Kupfermarkt ab und da scheint es, als ob ohne Rücksicht auf die Konsumtionsfähigkeit läßt weiter produziert wird, denn die Entwerthung hierin ist auf einem Punkte angelangt, wie sie noch im vorigen Jahre für ganz unmöglich gehalten wurde. — Die Maschinenfabrik Augsburg sagt, daß bei ihr die Verhältnisse ganz ausnahmsweise günstig waren und ca. 78.500 Polymeter im Faktura-betrage von 4.379.000 M. produziert worden sind. In landwirtschaftlichen Maschinen war eine erheblich geringere Nachfrage zu konstatiren, hervorgerufen durch die ungemein niedrigen Preise der Bodenprodukte. Das Exportgeschäft wird immer geringer, namentlich nach Rußland, welches einen sehr hohen Eingangszoll eingeführt hat. — Aus der Papierfabrikation wird berichtet, daß die Preise der Produkte neuerlich um 10 pSt. Steigerungspapier sogar um ca. 15 pSt. gesunken sind. Der Export nach Holland und der Türkei mußte nahezu ganz aufgegeben werden, der Export nach England läßt nur noch geringen Nutzen, und selbst im Inlande liegt das Geschäft ganz darnieder. Durch fortwährende Aufstellung neuer Maschinen wird die Produktion noch weiter erhöht, so daß bereits mehr produziert als konsumirt wird. — Die Strohhutfabrikation in Lindenberg hat in Folge der großen Produktion ebenfalls gedrückte Preise zu beklagen. — Ueber die chemische Industrie wird berichtet, daß bei derselben eine immer bedenklicher werdende Ueberproduktion bestehe. Die Vereinigten Säbholz- und Wichtfabriken sagen, daß die Preise der beiden Fabrikate unter dem Druck der verschärften Konkurrenz fortgesetzt eine weiche Tendenz verfolgt haben, und daß die Schwere, welche bisher ein gutes Absatzgebiet für Länder war, durch die beträchtliche Zollhöhung fast als vollständig verloren zu betrachten ist. In Folge anhaltenden Sinkens des Silberpreises ist auch der überseeische Export von Säbholzern fast vollständig ins Stocken gelaufen. — Die Lage des Kleingewerbes hat sich gegenüber dem Vorjahre nicht verändert. — Der Holzhandel im Allgäu bezeichnet das verfloßene Jahr als zu den zufriedenstellendsten der letzten fünf Jahre gehörig. — Der Lederhandel hat keinen Aufschwung erfahren. — In der Modes- und Konfektionsbranche wird der Geschäftsgang ein befriedigender genannt. — Der Spiritushandel ist durch das am 1. Juli 1885 in Württemberg zur Einführung gelangte Reichssteuerergesetz erschwert worden. — In der Kolonial- und Spezereimaarenbranche dauert die Entwerthung verschiedener Artikel noch immer fort, und es reichen in der Regel kurz gemessene Preisschritte hin, um empfindliche Verluste zu Tage zu fördern. — Im Käse- und Butterhandel ist es noch schlimmer geworden als es ohnehin schon war. — Das sind einige Daten, durch welche die wirtschaftliche Krise, unter der wir jetzt in allen „Kulturländern“, d. h. in allen kapitalistisch produzierenden Staaten leiden, auch dem verrantesten Optimisten recht deutlich zu Gemüthe geführt

wird. Die Sahne schöpfen in dem allgemeinen ökonomischen Kladderadatsch die Gärten der Großen, die Kapitalmagnaten und die mächtigsten Aktiengesellschaften (vergl. Maschinenfabrik Augsburg) ab, sodas der Sahne der Gesellschaft auch die Sahne des Profits zufällt.

**„Arbeiterrevolte.“** Aus Weimar vom 2. Mai wird von verschiedenen Zeitungen folgendes berichtet: „Am Sonntag Abend nachmittags fand unter den beim Bau der Weimarer Becka-Blanthen Eisenbahn beschäftigten Arbeitern eine Revolte statt. Lohnforderungen mit einem Schachtmeister hatte eine Arbeiterkolonne veranlaßt, die Arbeit einzustellen. Bei erfolgreicher Durchführung des Streiks versuchte nummehr eine Kolonne, die anderen auf der Strecke zwischen Weimar und Neu-Wellendorf beschäftigten Arbeiter aufzuwiegeln. Da aber diese auf die Wünsche der Streikenden nicht eingehen wollten, kam es zwischen den einzelnen Kolonnen zu einer großen Prügelei, bei welcher Steine, Knüttel und Schaufeln als Waffen dienten. Die telephonisch zu Hilfe gerufenen Polizeiagenten zunächst nicht genau informiert sein konnten, wurde die Angelegenheit sofort auch auf der Hauptwache gemeldet und alsbald eilte das telephonisch alarmirte Feuerlösch- und Laufschritt unter Führung eines Offiziers dem Schauplatz der Affaire zu, doch war es nicht möglich einzugreifen. Mehrere Arbeiter haben schwere Verletzungen erlitten.“ — So die Zeitungsnachricht. — Wie gewöhnlich werden die Vorfälle übertrieben sein und das Wort „Revolte“ dürfte man kaum mit Recht anwenden können. — Die Streikenden waren sogenannte Gangarbeiter aus dem Ofen, rothe, unauferlegte unorganisirte Arbeiter — von Sozialdemokraten keine Spur.

**Der Sandbaggererstreik in Breslau** hat mit dem Siege der Sandbaggerer geendet. Diese erhielten pro Kubik (zirka 2 bis 3 Kubik, 4 bis 6 Kubikmeter) 1,30—1,50 Mark. Die Baggerer haben eine Bulage erzielt von 30—40 Pfennig pro Kubik.

**Aufruf.** Werthe Kollegen! Der Streik in der Glaser'schen Hofmöbelfabrik dauert fort; ein Kollege, welcher aus dem Streik zurückgekehrt ist, ist noch hinzu gekommen, derselbe war noch ein Hauptfaktor, auf welchen ich Herr Glaser stützte.

Kollegen! Bis heute ist von außerhalb keine Unterstützung gekommen, wollen wir nunmehr mit aller Energie durchsetzen, so bitten wir um Unterstützung, da doch die Forderung der zehnständigen Arbeit die Lösung aller intelligenten Arbeiter ist. Halte die Augen fern! Mit kollegialem Gruß und Handschlag: Die Arbeitermission. Briefe und Sendungen sind zu richten an Hermann Gutermuth, Darmstadt, Dieburgerstraße 44.

### Vereine und Versammlungen.

Die Entscheidung über das Verhalten der Zimmerergesellen Berlins und Umgegend dürfte der nächste Sonntag bringen. Wie der Vorsitzende der Zimmerer-Vollkommnungsgesellschaft Herr Seydt, in der Versammlung der Abgeordneten am 2. d. M. bei Gratweil mittheilte, wird am kommenden Sonntag eine Generalversammlung der Zimmerleute in der „Lombardstraße“ abgehalten werden, woselbst das Resultat der Fragebogen mitgeteilt werden wird, welche belanlich vorausgab wurden. Dem Zwecke, die Meinung der Gesellschaft bezüglich der Lohnforderungen auf das Genauste festzustellen. Sollte die Bleibigkeit zu Gunsten der Durchführung der aufgestellten Forderungen ausfallen, so soll in jener Versammlung auch gleich der Termin der Durchführung dieser Forderungen festgestellt werden. Ein Generalstreik ist indessen von vorn herein ausgeschlossen und dürfte es im höchsten Falle nur zu partiellen Arbeitseinstellungen kommen.

**Kranken- und Begräbniskasse für die im Berliner Gärtnerei- und Bronzengewerbe beschäftigten Arbeiter.** (E. S. Nr. 60.) Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am Montag, den 3. Mai ab, der Beitrag von 40 Pf. erhoben wird. Der Nachtrag zum Statut ist von der Aufsichtsbehörde genehmigt worden. Der gedruckte Nachtrag zum Statut wird am Montag, den 10. Mai ab, den Mitgliedern auf den Bahnhöfen sowie beim Rentanten Rießerfeld, Drantenstr. 2a, u. 3. d. (Ereignisstunden: Morgens von 7 bis 10 Uhr, Mittags von 12 bis 3 Uhr, Sonntags nur von 8 bis 10 Uhr) verabreicht. Derselbe tritt vom 3. Mai ab in Kraft.

**Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Arbeiter** (E. S. Nr. 29) zu Hamburg. Filiale Weimar, Sonntag, den 3. Mai, Vormittags 11 Uhr, Versammlung. Tagesordnung: 1. Kassendbericht. 2. Bericht der Delegirten. 3. Geschäftliches. — Mitgliedsbuch legitimirt.

### Theater.

Donnerstag, den 6. Mai.  
**Opernhaus.** Johann von Lotbringen.  
**Schauspielhaus.** Maria Stuart.  
**Deutsches Theater.** Der Königsleutnant.  
**Wallner-Theater.** Almenrausch und Edelweiß.  
**Reinhold-Theater.** Theodora. Drama in 8 Bildern von B. Sardou.  
**Welle-Alliance-Theater.** O, diese Männer!  
**Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.** Der Bienenbaron.  
**Walhalla-Theater.** Das lachende Berlin. Weiteres aus der Berliner Theatergeschichte mit Gesang und Tanz in einem Vorspiele und 3 Akten von Jakobson und Willen.  
**Central-Theater.** Der Stadt-Trompeter.  
**Victoria-Theater.** Amor. Tanz-Boem von Luigi Ronzotti.  
**Louisenstädtisches Theater.** Das lachende Deutschland.  
**Ordnung-Theater.** Die Voreley.  
**Theater der Reichshallen.** Große Spezialitäten-Vorstellung.  
**Kaufmann's Variete.** Große Spezialitäten-Vorstellung.  
**Konfordia.** Große Spezialitäten-Vorstellung.

Passage 1 Tr. 9 R. — 10 R.  
**Kaiser-Panorama.**  
In dieser Woche:  
**Reise durch das Riesengebirge.**  
**Ober-Italien.** Como. See. Pompeji. Gertha.  
**Reise.** Eine Reise 20 Pf. Kinder 10 Pf. [1527]

Reinen Freunden und Genossen die ergebene Anzeige, daß ich die

**Restauration**  
des **Hrn. Gerike, Wienerstr. 50,**  
täuslich übernommen habe.

Indem ich hierdurch um freundlichen Zuspruch bitte, wird es mein eifrigstes Bestreben sein, allen Wünschen meiner geehrten Gäste Rechnung zu tragen.  
Achtungsvoll

**Jul. Kadatz.**

### General-Versammlung

**d. Produktiv- u. Rohstoffgenossenschaft der Schneider zu Berlin (E. S.)**  
Montag, den 10. Mai 1886, Abends 8 Uhr, Leipzigerstr. 33 im Lokal von Hrn. Wasmann.  
Tagesordnung:  
1. Vierteljahrsbericht. 2. Geschäftliches.  
1569 Der Verwaltungsrath.

### Öffentliche Versammlung der Steinträger Berlins und Umgegend

Freitag, den 7. Mai, Abends 9 Uhr, im Lokal des Herrn Silber, Schwedterstraße 23.  
Tages-Ordnung:  
1. Wie weit haben die Reister unseren Forderungen Rechnung getragen und wie verhalten wir und zu diesen?  
1572 J. N. W. Wank.

### Versammlung der Tischlergesellen Berlins

Sonntag, den 9. Mai, Vormittags 10 Uhr, bei Bellers, Andreasstr. 21.  
Tagesordnung:  
Die Unterschlagung der drei Kassier König, Richter, Greiner. 1568  
Der Vorstand der Ortkrankenkasse wird ersucht, zu erscheinen. W. Schmück.

Den Mitgliedern des Vereins zur Wahrung der Interessen der Klavierarbeiter zur Nachricht, daß mit dem heutigen Tage die geschäftliche Leitung des Vereins, wie Anmeldung von Kranken, Rechtschutz, Maßregelungen etc. an den zweiten Vorsitzenden, Kollege Schaar, übergeben. Sprechstunden täglich von 7<sup>1/2</sup> bis 8<sup>1/2</sup> Uhr Abends, Sonntags von 8 bis 10 Uhr Vormittags, Reichensbergerstr. 125, Hof, 2 Tr. 1. Ich sage allen Kollegen, Freunden und Genossen bei meinem wemontallichen unfreiwilligen Fernsein ein herzlichtes Lebenswohl. [1564]

**Fr. Zubell.**

### Cigarren- u. Tabak-Handlung

en gros en détail  
**Fritz Goercki**  
Berlin SO., Admiralstraße 40 (frühere „Linde“).  
Import echter Havanna, Lager aller Sorten Rauch- und Schnupf-Tabake.  
Reich assortirtes Lager echt türkischer, russischer und amerikanischer Cigaretten u. Tabake. Echt Nordhäuser Pantabak.

Einem geehrten Publikum empfehle mein

**Beiß- und Bairisch-Bier-Lokal**

Arbeitsnachweis für Klavierarbeiter.  
**Hermann Stramm, Restaurateur, Staligerstr. 18**

**Gärtler-Inval. Unterstützungs-Kasse.**  
Sonntag, den 9. Mai, Vormittags 10<sup>1/2</sup> Uhr, General-Versammlung  
bei Saumbach, Brinzenstraße 94. 1565

Tages-Ordnung:  
1. Bericht über die Invalidentassen-Angelegenheit. 2. Statutenvorlage und Beratung. Um recht zahlr. Erscheinen bei der so sehr wichtigen Angelegenheit ersucht Der Vorstand.

**Arbeitsmarkt.**  
Zwei tüchtige Formmachersellen auf Reifevorbe verlangt 1558  
F. Franke, Rixdorf, Steinmeyerstr. 19, part.

Ein tüchtiger Leidensticker wird verlangt bei Guldi, Kugowstr. 95, 1. Meldungen von 7—8 Uhr Abends. [1573]

Ein Mädchen von 14—16 Jahren wird von zwei einzelnen Leuten zum 15. d. M. verlangt. Zu erfragen Derrndorferstraße 11, 2 Tr., vorn, bei Kühle. 1571

Sur pünktl. Beforg. des „Berl. Volksblattes“ sowie sämtl. Zeitungen empfiehlt sich Frau **Kosentzter, Gr. Frankfurterstr. 67.**

**Jochen erschien:**  
**Die Sozialdemokratie**

vor dem Deutschen Reichstage

Stenographischer Bericht der Verhandlung des Deutschen Reichstages am 30. März 1886. Drittes Heft.

Zu beziehen durch die Expedition des „Berliner Volksblatt“, Berlin SW., Zimmerstraße 44.

Piano, sehr gut, 20 Thlr., Drantenstr. 4, 1. Soeben erschien Nr. 28 des „**Wahren Jakob**“.

Zu beziehen durch die Expedition, Zimmerstraße 44.

## Parlamentsberichte.

Abgeordnetenhaus.

66. Sitzung vom 5. Mai, 11 Uhr.

Am Ministertische: v. Hofler, Friedberg.  
Die erste Beratung des Gesetzentwurfes, betreffend Abänderungen der kirchenpolitischen Gesetze, wird fortgesetzt.

Abg. Richter: Ich wollte mit wenigen Worten gestern die voraussichtliche Abstimmung eines Theiles meiner politischen Freunde motivieren, Sie werden es aber begreiflich finden, wenn ich, da das Haus sich leider gestern vertagte, heute dem Herrn Reichskanzler noch vorher Einiges auf die ganz unprovocirten Angriffe antworte. Ich hatte noch kein Kreisnarr gesprochen, wohl aber war aus den Reihen der Nationalliberalen die recht empfindliche Bemerkung gemacht, daß der Kanzler in dem Papi seinen Meister gefunden; trotzdem nahm der Kanzler dies ruhig hin, schonte die Nationalliberalen und übte nur das Bedürfnis, uns anzugreifen, obgleich er aus der Rednerliste fern mußte, daß der Abg. Richter für die Vorlage ein geschrieben war, und obgleich er selbst den Wunsch geäußert hatte, es möchte die Vorlage ohne große Volem. angenommen werden. Schon aus der Herrenhaushaltung kennen wir das große Angriffsbedürfnis des Kanzlers; dort hat überhaupt ein Freisinniger nicht gesprochen. Auch über die „fortschrittliche Presse“ war der Reichskanzler so erzürnt und doch hat die nationalliberale Presse mehr von Kanossa gesprochen, als die fortschrittliche. Schon 1883 bei der vorletzten Kirchenvorlage sagte die „Rheinische Zeitung“: Der Kanzler stehe im Hofe von Kanossa, und die „Magd. Bz.“ brachte einen Artikel: Ein kirchenpolitisches Odmüß. Jetzt freilich erklärt die „Rhein. Bz.“, daß es „national“ sei, für die jetzige Vorlage zu stimmen. Nach der offiziellen Presse steht es ja fast so aus, als ob die Vorlage vornehmlich den Zweck habe, das Zentrum und seine „Lehrstühle“ zu vernichten. Ich glaube nicht, daß sie das erreicht. Das Volk wird über diese kirchenpolitische nicht so ruhig hinnehmen wie frühere Meinungswechsel (Widerstand). Warten wir es ab! Wir sind jedenfalls zu kleine, bescheidene Männer, um in den wichtigsten Dingen oft die Meinung wechseln zu können, das können sich, wie ich schon einmal gesagt, nur große Staatsmänner erlauben. Wie der Herr Reichskanzler seine politischen Gegner behandelt, hat sich gestern wieder klar gezeigt. Er beschuldigt den Abg. Richter, daß er lehnstüchelig sei und deshalb für die Vorlage stimmen müsse. Den verlangten Beweis dafür hat er nicht geleistet. Diese Beschuldigung war uns um so interessanter, als ich vor der Sitzung gestern vorhergesagt habe, daß solche Anklagen kommen würden. Fast wörtlich hat der Reichskanzler es gesagt. Ich wünschte, er hätte unserer Sitzung beigewohnt; er würde wissen, daß wir einmüthig gegen jedes Eineinzelne von taktischen Momenten oder gar Wahlpolitik in diese Frage uns erklärt haben. Wir sind schon daran gewöhnt, daß der Kanzler politische Gegner so behandelt. Gewundert hat es mich aber, daß er sich gestern dabei auf das Urtheil seiner diplomatischen Kollegen des Auslandes bezieht. Der Herr Reichskanzler mag Recht haben: von Diplomatie verstehen wir wenig. Ich gebe zu, daß man ein gewissermaßen auswärtiger Diplomat sein muß, um es zu verstehen und zu bewundern, was der Herr Reichskanzler im Herrenhause sagte; daß der Papst mehr Verständnis und Interesse für die Befestigung des Deutschen Reiches habe, als die Majorität unseres Reichstages. Um dies zu verstehen, muß man wohl wirklich ein auswärtiger Diplomat sein. Das deutsche Volk versteht es nicht, es ist in allen Kreisen und Parteien dieses fortgesetzten diplomatischen Feilschens und Handelns müde in einer Frage, welche die Religion und das Gewissen eines großen Theiles des Volkes betrifft. Wir wollen klare, verständliche Wege. Das wird man auch im Auslande begreifen, wenn man sich aber, wie ein Staatsmann in einer so wichtigen Frage eine so schwankende Politik einschlagen kann. Wir haben schon Vieles erlebt, aber eine Kritik, wie sie der Herr Reichskanzler an seinem eigenen Werk, den Majestäten, übte, noch nicht. Hier sitzt noch eine Anzahl von Männern, welche den Herrn Reichskanzler in den letzten Jahren hier gebört und die Majestäten mitgemacht haben. Auch in der nationalliberalen Partei, der ich damals noch angehörte, waren Männer,

die nur mit größtem Widerstreben eine Reihe von Bestimmungen der Majestäten annahmen. (Widerspruch im Centrum.) Aber man erklärte uns damals, diese scharfen Bestimmungen braucht der Reichskanzler notwendig, ohne sie kann er die Verantwortung für erfolgreiche Führung des Kirchenstreits nicht übernehmen. Hören Sie gaben wir damals nach, denn wir befanden uns in der Täuschung, daß es sich um einen großen weltlichen Geisteskampf handelte, für welchen der Herr Reichskanzler die scharfen Mittel verlangte. Um der hohen Ziele willen haben wir sie bewilligt. Es wird hoffentlich einmal die Zeit kommen, wo der Minister Fall wird sprechen können und müssen, und dann wird man die Beihilgung des Reichskanzlers an den Kampfsgegenstand vielleicht in anderem Lichte erkennen. Jetzt thut man so, als ob wir diejenigen gewesen, welche den Kampf herbeigeführt und geschürt hätten und als ob wir ihn jetzt verleugnen. — Das widerspricht den Thatfachen, das ist nicht Geheiß. Erinnern Sie sich nur, wie die Konseroativen, welche damals nicht mitgehen wollten, in der offiziellen Presse behandelt wurden. Die Fortschrittspartei erhielt Lob und Anerkennung. Nach diesen Erfahrungen sind wir gewichtig geworden, wir haben bereits bei dem Sozialistengesetz und den Polenvorlagen bewiesen, daß wir nicht mehr solche Wege und fährten lassen wollen. Wir wissen jetzt, wie leicht man sich nachher zurückzieht und die Schuld auf diejenigen schiebt, welche gegangen wurden, mitzukommen. Wenn wirklich die Majestäten so werthlos und schädlich waren, wie der Reichskanzler sie darstellt, weshalb hat er denn nicht schon längst auf ihrer Revision bestanden, da doch alle Parteien zu einer solchen definitiven Revision bereit waren? Sind wir nicht bereit, noch in der Session es zu thun? Ein nationalliberales Blatt, die „Rhein. Bz.“, sagte 1881, es wäre ein Frevel an dem Volkswohl gewesen, in den Kulturkampf mit seiner Unruhigung der Gewissen einzutreten, wenn nicht der ernste und feste Wille vorhanden war, ihn kraftvoll zu Ende zu führen. Wer diesen Willen hatte, mußte ihn fortführen, wie der Kanzler in seiner Rede vom 16. März 1875 kundgab, als er sagte: Auf den Erfolg kommt es nicht an, wir thun unsere Pflicht, indem wir die Geistesfreiheit der deutschen Nation gegen die Hände der römischen Jesuiten und des Papstes vertreten, das thun wir mit Gott für König und Vaterland! (Hört, hört! links) Weshalb hat der Reichskanzler den Kulturkampf aufgenommen und ihn trotz der Erkenntnis von der Schädlichkeit der Majestäten bis heute nicht bestritten? Der Erfolg ist die Macht des Zentrums; sie zu brechen wird dem Kanzler nicht gelingen. Wenn er uns im Herrenhause und gestern wieder als den tertius gaudens bezeichnet, der den Kulturkampf um der politischen Existenz willen braucht, so irrt er. Ich nehme es ihm nicht abel, wenn er uns für bodlos hält; man pflegt es aber für eine Beleidigung zu erklären, wenn man für dumm und einseitig gehalten wird. Einseitigere Politiker könnten wir aber nicht sein, als wenn wir glauben, daß die Fortsetzung des Kampfes in unserem Parteinteresse läge. Gerade wir haben darunter gelitten, daß das Zentrum in der Zwangslage des Kulturkampfes blieb, daß es Einwirkungen ausgeübt war, wie der Reichskanzler sie in der Rede vom 20. April 1880 ausgesprochen hat. Gerade wir er belanlich eine Einwirkung des Papstes auf die politischen Bestimmungen des Zentrums verlangte. Es ist die Wahrheit: keine Partei hat ein größeres Interesse an der Beendigung des Kulturkampfes, als wir. Möge der Kanzler einmal die Probe auf das Exempel machen, wie es mit unserem Friedensbedürfnisse steht, lege er noch in dieser Session ein Gesetz vor oder erweitere er das vorliegende dahin, daß die dunklen Verprechungen zukünftiger Revisionen der Majestäten fortfallen, dann werden wir soweit irgend möglich mitgeben. Gerade weil wir diese Vorlage für den Reim zukünftiger Zwistigkeiten und eines erneuten Kulturkampfes halten, können wir dafür nicht eintreten. Selbstverständlich nehmen wir einige dringliche Punkte des Gesetzes an, z. B. die Freigebung des Sakramentspendens und Messelens; ja trotz aller Bedenken könnte ich auch die übrigen annehmen, wenn in der That ein definitives Revisionswerk vorläge. Aber das Versprechen einer weiteren Revision bindet uns, den dunklen Weg mitzugehen. Ob die Vorlage den Charakter eines Konkordats trägt, will ich

nicht eingehender erörtern, unsere anderen Gründe gegen die Vorlage reichen aus. Ich gebe zu, eine absolute Revisionsvorlage zu stimmen, liegt bei der Annahme des Gesetzes nicht vor, aber immerhin übernimmt man nach unserer Meinung eine gewisse Verantwortlichkeit mit der Abstimmung, und doch wissen wir nicht, welche Gesetze sollen residirt werden und was darin? Kann der Minister uns darüber eine klare, offene Antwort geben? Soll auch das Schulaufsichtsgesetz, das Biologiegesetz mit hereingezogen werden? Man läßt uns darüber im Dunkeln, wir sollen später vor einem fait accompli stehen. Bevor wir eine klare Antwort haben, wiederhole ich, können wir die Mitverantwortlichkeit für den Weg, der gegangen werden soll, nicht übernehmen. Wir wollen die schnelle Beendigung des Kulturkampfes; lege man die definitive Revision der Majestäten vor! Wir wollen die Befestigung des diplomatischen Feilschens und Handelns, wir wollen offene, verständliche Politik; wir wollen nicht, daß das, was der Revision des Heiligen ist, die Frage der Religion und Gewissenssachen, vermengt werde mit politischen Dingen, wie Branntweinsteuer und dergl. Deshalb sagen wir heute Nein, stimmen aber der Vorlage zu, welche hoffentlich, das wünschen auch wir, den definitiven Frieden bringen wird. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. Siedler (für die Vorlage): Die gestrige Rede Richters für und die heutige Richters gegen die Vorlage beweisen beide, wie unangenehm dem Fortschritt diese Vorlage ist, die ihnen einen Weg der praktischen Agitation versetzt. Ich sehe die Vorlage nicht bloß für einen legislativischen Akt, sondern für einen Staatsakt, für einen Akt der Versöhnung zwischen der Regierung und ihren katholischen Unterthanen an, der durch das Oberhaupt der katholischen Kirche getragen und gefördert wird. Ich anerkenne das Wort eines katholischen Kirchenfürsten, daß auf männlichem Sande der Streit zwischen Rom und Bismarck ausgefochten werden würde; die Vorlage erlegt, daß ein Friedensschluß, oder ich will lieber sagen, ein Waffenstillstand (Bewegung links) zu Stande kommen soll. Das wir einen Waffenstillstand brauchen, ist sicher. Man hat auf beiden Seiten gefehlt und kommt sich jetzt auf beiden Seiten entgegen; die Kirchenomnipotenz hat mit der Staatsomnipotenz gerungen, sie haben sich gegenseitig zu übermitteln versucht und erkannt, daß dieser Versuch nur zum Schaden des deutschen Volkes ausschlägt — sie thun jetzt die nöthigen Schritte, um mit einander in ein friedliches Verhältnis zu kommen. Man nennt den Weg des Staates fälschlich einen Rückzug und diese Verhandlungen fälschlich eine Niederlage des Staates. Die Kirche hat gefehlt in der Standmachung ihrer Idee, in einer falschen Art der Opposition; der Staat hat meines Erachtens gefehlt in seinen Mitteln und Waffen, womit er die katholische Kirche bekämpfen wollte. Wenn nun das Oberhaupt der römischen Kirche statt der bisherigen Bekämpfung der Regierung friedlich redet, unserer Regierung vertrauensvoll die Hand bietet, so thut die Kurie damit, was sie auf ihrem Gebiete thun kann. Sie hat ja auch durch den Kulturkampf nicht bloß Schaden, sondern auch Vorteile gehabt. Ein Kirchenoberhaupt, das so handelt, kann unmöglich so handeln, wie die Kirche bisher gehandelt hat; solche Handlungsweise hat nicht den Charakter Schuldlos, sei; auf seinem Schein besteht, sondern es liegt hier ein Entgegenkommen der Kirche vor, man kann sogar von ihr von der Regierung sagen, sie hat den Rückzug angetreten. Der Staat, der mit Gesetzen gekämpft hat, muß seinerseits diese Gesetze zurücknehmen. Ein bloßer Rückzug ist das nicht. Eine als falsch erkannte Gesetzgebung muß der Staat durchstreichen, wenn er Staat bleiben will, denn nichts ist für ein Staatswesen gefährlicher, als falsche Gesetze. Das Einzelnere in den Kulturkampf gezogen falsch war, bestreitet Niemand, am wenigsten der Herr Reichskanzler, der nun in seiner energischen und starken Art die als unaltair befundenen Gesetze auch wieder preisgibt. Dieser Rücknahme verletzter Gesetze liegt ein großer Zug zu Grunde, die Erkenntnis, daß bei Geisteskämpfen am allerwenigsten mit Strafparagrafen etwas auszuwickeln ist. (Sehr gut! rechts und im Centrum.) Es ist das überhaupt ein ganz unvorstellbarer Zug einer weisen Regierung; auf sozialem, auf wirtschaftlichem Gebiet haben wir ganz dieselben

## Ein Lobhude aus der „guten alten Zeit“.

Vom Rhein.

Vor Ankunft der Franzosen im Jahre 1794, als die schönen Rheinlande noch gänzlich in den Händen des Klerus waren, gab es bei uns eine Gerichtsverfassung, die wohl dem Regime eines Tamerlan, aber keinem nur halbwegs zivilisirten Volke zur Ehre gereichen konnte. Aus dem vorfranzösischen Kölner Scharfrichter-Reglement, welches wir unseren Lesern unten vorschreiben, werden dieselben ersehen, daß das heutige Regiment — und sei es noch so schlimm — dem ultramontanen Regimente in den weitaus meisten Beziehungen doch noch immer vorzuziehen ist. Damals regierten über die freie Reichsstadt Köln geistliche Kurfürsten, welche durch Bürgerkriege aus der genannten Stadt vertrieben, in Bonn residirten und von dort aus ein Gebiet von 6600 Quadratkilometer (120 Quadratmeilen) beherrschten. Diese frommen Herren waren keine Mäcker, sie genossen das Leben in vollen Zügen, wovon noch heute die kurfürstliche Sommerresidenz Brühl mit ihrem herrlichen Schlosse und schönen Parkanlagen bereitetes Zeugnis ablegt. Kosteten doch allein die Falkenjagden des Kurfürsten Clemens August (regierte von 1723—1761) jedes Jahr nicht weniger als 50 000 Gulden, was bei dem damaligen Geldwerthe eine enorme Summe repräsentirte. Clemens August war der Sohn des Kurfürsten Maximilian Emanuel von Bayern und dessen zweiter Gemahlin Theresie Kunigunde, Tochter des berühmten Polenkönigs Johann Sobieski. Schon mit 23 Jahren bestieg Clemens August den Ersthuhl und der spätere französische Revolutionsgeneral Kleber, welcher belanlich durch Vermittelung bayerischer Edelleute die Kriegsschule in Pilschen besucht hatte, war — was nicht Vielen bekannt sein dürfte — ein natürlicher Sohn desselben. Der genannte Kurfürst hielt häufig große Mastenbälle ab und war ein so leidenschaftlicher Jäger, daß er am 12. Mai 1747 ein Gesetz erließ, in welchem bekannt gemacht wurde, daß allen Jagden im ganzen Erzbisthum die Ohren dicht vom Kopfe abgeschnitten werden sollten, was auch geschah. Der geistliche Herr ging bei diesem nicht gerade christlich zu nennen-

den Gesetze von dem Grundsatz aus, den entohrten Thieren würde der dem Umhinstreifen durch die Felder der Thau in die Ohrenhöhlen dringen und ihnen dadurch die Lust zur Jagd auf junges Wild benommen werden. — Nach ihm regierte Max Friedrich, Graf von Königseck Rothenfels bis zum Jahre 1784. Unter seinem Regimente sang das Volk:

Bei Clemens August trug man blau und weiß,  
Da lebte man wie im Paradies.  
Bei Max Friedrich trug man sich schwarz und roth,  
Da litt man Hunger wie schwere Noth.

Max Friedrich dankte ab und auf seine Empfehlung wurde Maximilian Franz, der Bruder des Kaisers Joseph von Oesterreich, zum Kurfürsten gewählt. Dieser umfangreiche Priester, welcher weit über 300 Pfd. wog, war der letzte Kurfürst von Köln. Ein paar Tage vor Ankunft der Franzosen machte er sich mit seinen Hofschatzen aus dem Staube und ist nie mehr wiedergekommen. Das grausame Gerichtsverfahren, wovon der nachstehende Tarif, den wir seinem ursprünglichen Wortlaute nach mittheilen, bereitetes Zeugnis ablegt, wurde, wie noch so vieles Andere, von den Männern der ersten französischen Republik beseitigt.

Obwohl der Erzstift Kölnischer Nachrichten mit einem beständigen Jahresgehalt von achtzig Reichsthaler Speziez, zwanzig Albus<sup>1)</sup>, zwölf Malter Korn, und vier Klafter Holz bereits versehen ist, sich gleichwohl ergeben hat, daß bei und nach verrichteter Exekution, auch sonstigen Vorfällen derselbe unter willkürlich und zumal ausschweifendem Ansatze der kurfürstlichen Hofämter sowohl als den Beamten fast und Raab zu setzen, nachstehender Reglement, gestatten demgemäß mit Einforderung des ob jeder Verrichtung ihnen zuerkannter Gehältnis in allem zu gegeben, verfaßt, und zum Druck befördert worden.

### Reglement.

- 1) Mit 4 Pferden auseinanderzureißen . . . 5 62
- 2) In 4 Theil zu legen . . . 4 —
- 3) Für des Todes erforderliche Stricke . . . 1 —

- 4) Für diese Theile an 4 Ecken aufzuhaken, Nthl. Alb. dazu erforderliche Stricke, Ketten, Nägel und den Transport mit eingeschlossen . . . 5 26
- 5) Zu Köpfen und Verbrennen insgesammt . . . 5 26
- 6) Für desfalls nöthigen Stricken und den Scheiterhausen zu legen, und anzuzünden . . . 2 —
- 7) Zu stranguliren und zu verbrennen . . . 4 —
- 8) Für Strick, den Scheiterhausen zu legen anzuzünden . . . 2 —
- 9) Lebendig zu verbrennen . . . 4 —
- 10) Lebendig zu rädern . . . 4 —
- 11) Für Strick und Ketten . . . 2 —
- 12) Den aufgeschlochten Körper mit dem Rad in die Höhe zu richten . . . 2 52
- 13) Vom Köpfen allein . . . 2 52
- 14) Für des Todes erforderliche Stricke und das Tuch zur Verbindung des Gesichts . . . 1 —
- 15) Das Loch zu machen und den Körper einzuscharren . . . 1 26
- 16) Vom Köpfen und den Körper auf's Rad zu schieben, insgesammt . . . 4 —
- 17) Für Strick und Ketten, sammt Tuch . . . 2 —
- 18) Eine Hand oder einige Finger abzuhauen und zu Köpfen, insgesammt . . . 3 26
- 19) mit einem glühenden Eisen zu brennen . . . 1 29
- 20) Für Strick und Tuch . . . 1 26
- 21) Vom Köpfen und den Kopf auf eine Stange zu setzen, insgesammt . . . 3 26
- 22) Für Strick und Tuch . . . 1 26
- 23) Vom Köpfen, den Körper auf's Rad zu schieben und den Kopf auf eine Stange zu schieben, insgesammt . . . 5 —
- 24) Für Strick und Tuch . . . 2 —
- 25) Vom Henken . . . 2 52
- 26) Für des Todes gebrauchter Stricke, Nägel und Ketten . . . 1 26
- 27) Einen Deliquenten vor sonstiger Exekution mit glühenden Zangen zu greifen, von jedem Griff, nebst eben Respectu supplicii<sup>2)</sup> ausgeworfener Gebühr . . . — 26

1) 1 Albus = 1/2 Dagen = 6 1/2 Bfg., Konventionssünge = 8 Bfg. preuß., 80 Albus = 1 Spezialethaler.

2) In Hinsicht auf die Todesstrafe.

großen Aktionen gemacht, um vorwärts zu kommen; nicht mit kleinen Maßregeln, sondern direkt mit einem Systemwechsel. Auch in der Vorlage sehe ich ein Stück dieses großen Systemwechsels, den wir seit 1879 vollzogen haben (sehr richtig! auf verschiedenen Seiten); nicht daß wir ihn machen, erregt Befremden und Bewunderung, sondern daß wir ihn nicht schon 1879 zugleich mit dem übrigen Systemwechsel gemacht hätten. (Sehr richtig! im Centrum.) Wir Konservativen haben in der That vor den Liberalen das Privilegium voraus, daß wir vom ersten Moment an im Jahre 1879 detont und bewiesen haben, daß wir auf dieser Linie finden wollten. Es ist eine Schwäche des politischen Liberalismus, daß er der Kirche die Kraft nicht zutraut zu leisten, was sie sich und dem Staate leisten muß, wenn sie ihre Kräfte frei läßt und erproben kann. Jener Standpunkt freilich, daß die evangelische Kirche nie größere Selbstständigkeit erhalten werde, weil man an einer freien Kirche genau habe, ist der schlimmste Fehler, der gemacht werden kann. Wir haben also gegen die Erweiterung der Selbstständigkeit der katholischen Kirche nichts einzuwenden. Aber auch die Ansicht auf eine friedlichere Behaltung der Verhältnisse stellt uns der Vorlage freundlich gegenüber. Ich freue mich über die verständlichen Äußerungen des Papstes über die Nothwendigkeit, sich in konfessionell gemischten Staaten zu vertragen; aber man kann doch nicht leugnen, daß der gegenwärtige Papst in seinen Äußerungen über den Protostantismus gerade so strittbar gewesen ist wie seine Vorgänger. Das gegenwärtige Oberhaupt der römischen Kirche aber ist jedenfalls geneigt, der wüthen Agitation ein Ende zu machen und das liegt nicht bloß im Interesse Deutschlands, sondern auch der katholischen Kirche selbst. Freilich sind natürlich gleichwohl die überströmenden Anschauungen, daß nun eine neue Ära der Weltgeschichte anhebe, die Welt zwischen dem evangelischen Kaiser und dem katholischen Papst gleichsam getheilt werde u. dergl. Die Partikül autrecht zu erhalten, wird nicht leicht sein, von der Zukunft wird es abhängen, ob das rechte Maß von Partikül und Staatshoheit gefunden werden kann; aber der Versuch muß gemacht werden. Das Zusammengehen aller Kräfte ist rathig, um die vulkanischen Gefahren, die uns umdrängen, zu beschwören, und daher ist ein Ausgleich wie dieser, wo jeder dem anderen entgegenkommt, der Regierung Preußens nicht mehr genehm als dem Papst. Ich hoffe, daß diese Vorlage der Versöhnung der Ansicht einer neuen Phase der kirchlichen und der staatlichen Gewalt sein möge, wobei nicht Benachtheiligung und Unterdrückung, sondern gegenseitige Achtung der Zweck ist, damit auf diese Weise das Wohl der Völker gepflegt wird. Ich bin froh, daß wir endlich anstatt einer kirchenpolitischen Novelle ein großes Werk vor uns haben, das vielleicht nur ein Roman bleiben wird (Rufe: Au links!), aber auch eine große historische Thatfache werden kann, wenn jeder an seiner Stelle thut, was er muß, und das ist unser aller Pflicht! (Beifall rechts.)

Abg. v. Gynern: Als Herr Eugen Richter gestern für die Vorlage das Wort nahm, glaubte ich, daß bei ihm die edlere Natur zum Durchbruch gekommen wäre. Statt dessen hat er in seiner gewöhnlichen Art eine halbe Stunde lang in nörgelndem Tone gegen den Reichstag gesprochen. Er that es wohl, um durch eine gewaltige Kanonade seinen Rücken zu decken. Wir sind immer bereit gewesen und werden bereit sein, die Härten der Maßregeln, soweit sie Kampfgesetze sind, zu mildern. Auch die Vorlage, wie sie dem Herrenhause zugegangen, war für einen großen Theil meiner Fraktion annehmbar. Wir werden in der zweiten Lesung für diese Bestimmungen, aber gegen das Ganze stimmen, weil die Herrenhausvorlage Paragraphen enthält, welche den kirchlichen Frieden in einem paritätischen Staate gefährden. Ich bedauere aufrichtig, daß Sie uns keine Belegur geben wollen, in einer Kommissionsberatung unsere Bedenken auszusprechen über ein Gesetz, welches vielleicht Jahrhunderte nachwirken wird und das Sie mit Hast und Oberflächlichkeit machen. (Ob!) Die konservativen Parteien schenken eine gewisse Scheu zu haben, in die Einzelheiten des Gesetzes einzutreten. (Wiederum rechts.) (Lachen rechts.) Da die konservativen Herren so thun, als ob sie die großen und weisen Staatsmänner und wir die eigenmächtigen Kinder seien, die das Gute nicht annehmen wollen, so bin ich gezwungen, auf die Schwelung der konservativen Partei in der Kirchenpolitik hinzuweisen. 1877 war Graf Limburg, St. rum der Sprecher der konservativen Partei (sehr richtig!), und am 23. November 1877 sagte er: wir können nicht von einer Revision der Gesetze sprechen. So lange diese Gesetze im Prinzip nicht anerkannt werden. Ich gebe jetzt zur Fortschrittspartei über. (Große anhaltende Heiterkeit.) Bekanntlich war die Fortschrittspartei die mühsamer die Kulturpartei, die j. mals existiert hat. (Rufe links.) 1873 erklärte sie in einem Wahlaufruf ihre Bereitwilligkeit, die Regierung in einem Kampf zu unterstützen, der immer mehr den Charakter eines großen Kulturkampfes an-

nehme. Und einem Antrage des Abg. Reichensperger auf Abänderung der erlassenen Gesetze legten die Abg. Birchow und Ricker eine Resolution entgegen, in welcher der Erlaß weiterer kirchenpolitischer Gesetze gefordert wurde. Aus diesem Antrage sind die Kulturkampfgesetze hauptsächlich entstanden. So war es bis 1880. Nun kam die Sezession. Der Abgeordnete Ricker trat mit einem Theil seiner Freunde aus unserer Partei aus, weil wir ihm nicht mehr kulturkämpferisch genug waren. (Abg. Ricker: ein- fach unrichtig!) Er hat dies ja in Danzig in einer Rede gesagt, und ich weiß doch aus Erfahrung, daß Herr Ricker einer der modernsten und eifrigsten Kulturkämpfer ist. (Große Heiterkeit.) Bisher wußte der Abg. Richter. Er behauptete 1880 im Reichstage, daß er für keine der Kulturkampfgesetze gestimmt habe. Ich wies auf Grund der Abstimmungslisten in der „Kölnischen Zeitung“ nach, ein wie starker Kulturkämpfer er gewesen ist, und die „Germania“ erkannte an, daß mein Artikel eine sehr verdienstvolle Arbeit gewesen sei, das erste und hoffentlich letzte Lob, welches ich von der „Germania“ bekommen (Heiterkeit.) 1881 stimmte ein großer Theil der Fortschrittspartei zum ersten Male für den Antrag Windthorst auf Freigebung des Wesselsens und des Spendens der Sterbesakramente auch von staatlich nicht angestellten Geistlichen. 1882 stimmte die Fortschrittspartei im Reichstage für die Aufhebung des Internirungsgesetzes. Die schärfen Urtheile der fortschrittlichen Presse über diese Haltung befinden sich in meiner „Kulturkampf“ übersetzten in der „Kölnischen Zeitung“. Besondere Wertschätzung ist mir das Urtheil der „Vossischen Zeitung“. Dann kam die Verschmelzung mit den paar Separatisten und die Bahverbrüderungen mit dem Abg. Windthorst auf den Schooß gesetzt (kürzliche Heiterkeit), und so schwer dieses Gewicht auch dem Abg. Windthorst werden wird, er trägt es doch, denn er weiß, ein wie schätzenswerthes Kind er auf seinem Schooße groß zieht. (Heiterkeit.) Die „Vossische Zeitung“, doch auch ein recht gutes fortschrittliches Blatt (Widerspruch links) — der Redakteur Dr. Philipp war vor drei Jahren mein fortschrittlicher Gegenkandidat — warf der Fortschrittspartei vor, daß sie sich vor dem Centrum gemüthlich und am meisten zu dessen und der Kurie Stützung brigetragten habe. Die Geschichte wird dieser Partei die Schuld beimeßen, daß die Regierungsgewalt geschwächt worden und das Centrum bestimmend ist für die Politik unseres Landes. Und was bringt nun die Kurie unserer Regierung entgegen? Das besteht nach meinem Urtheil vorläufig in Spott. Die Kurie erkennt an, daß sie die Anzeigepflicht jetzt bewilligen will, sie bewilligt schon jetzt, wie Kardinal Jacobini sagt, daß mit der Anzeigepflicht die gegenwärtig vorkommenden Parteien vorgegangen werde. Das ist nichts anderes, als sie giebt ihrer Armee in einem günstigen Moment diejenigen Offiziere wieder, die sie ihr bisher nicht geben konnte. Sie bewilligt sich selbst ihre Offiziere und spricht dann von einem „neuen Beweis ihres Vertrauens!“ Das schickt uns Herr von Gynern zu und sagt, er hätte das mit lebhafter Befriedigung entgegengenommen. Wir sind mit der Kurie keinen Schritt weiter als 1880, als P. Leo an den damaligen Erzbischof von Köln schrieb. Es wird uns nach wie vor verweigert, was allen anderen Staaten anstandslos bewilligt worden ist. Wir werden vielleicht ein paar Jahre Frieden haben, so lange, bis die Kurie in den Seminaren eine neue Armee herangezogen hat, dann folgt ein neuer Sturm. Sollte sich diese meine Prophezeiung nicht erfüllen, dann werde ich der Erste sein, der mit der größten Freude seinen Irrthum einräumt und dem Fürsten Bismarck sagen wird, daß die Position nichtiger bewiesen als ich. (Große Heiterkeit.) Ich fürchte aber, daß auch der Reichstagler die Macht der römischen Kurie nicht lernt, wie alle im Osten, wo die römische Kirche nicht so einflußreich ist. Herrn Richter, der gestern einen Widerspruch zwischen der nationalliberalen Partei und dem Reichstagler zu konstruieren suchte, wird es nicht gelingen, uns in eine feindselige Haltung gegen den Reichstagler zu drängen und noch weniger die nationale Mehrheit in diesem Hause zu erschüttern. Wenn die freisinnige Partei glaubt, einen Keil hineinzutreiben in unsere gemeinsame nationale Gesinnung, die zu schönen und tüchtigen Resultaten in diesem Jahre geführt hat, dann hat sie die Rechnung absolut ohne den Wuth gemacht. (Zustimmung rechts und links.) Wir stehen vor einer sehr ernsten Entscheidung, wie sie vielleicht noch niemals ein Parlament zuge- muthet worden ist. Die Regierung hat noch keine Stellung zu dem Gesetze genommen. Der Ministerpräsident weiß noch nicht, was er als solcher thun wird; wenn er ein National- liberaler wäre, würde er vielleicht unsere Stellung einnehmen. Unser Botschaft ist ein erwartungsvolles. Wir geben es aber ab mit ruhigem Gemüthe im Hinblick auf unsere Vergangenheit (Heiterkeit) und im Hinblick auf unsere Zukunft. Die Zeit wird kommen, wo die Regierung gezwungen sein wird, den

Kampf gegen die römische Kurie wider aufzunehmen, und es wird dann von der allergrößten Bedeutung für unser Land sein, daß dann noch eine große Partei im Lande besteht, die integer dasteht und in ihrer Integrität in der Lage ist, den Kampf gegen die Ansprüche der Kurie, gegen die größte Knechtschaft, die uns von Rom droht (Heiterkeit im Centrum) wieder aufzunehmen, um welche sich dann das ganze Reich sammeln kann. (Beifall bei den Nationalliberalen.) Kultusminister v. Gynern: Ich habe in den verschiednen Stimmen in der Presse die Ueberzeugung gewonnen, daß es nicht möglich ist, durch eine einheitliche Vorlage zu einem definitiven Frieden zu kommen, und daß man in spezielle Verhandlung dieses Punktes eintreten müßte, die Ideen vollkommen auseinandergehen müssen. (Sehr richtig rechts.) Wir haben im Herrenhause in den kommissarischen Beratungen stets die Böhmernehmung machen müssen, von gewissen klar gekennzeichneten Abweichungen stattdessen prinzipielle Streitigkeiten ausbrachen und die Unmöglichkeit einer Einigung ertrat. Nach der ganzen früheren Forderung des Kampfes in Preußen, nach der ganzhaftigkeit, mit welcher die Parteien die Frage aufnahmen, wäre es in der That ein enormes Beginnen, das ganze weite Gebiet der Kirchenpolitik mit einem Schlage zu reformiren. An weiteren Versuchen ist es nicht fehlen. Wenn dieses Gesetz zu Stande gekommen ist, dann ist eine viel weitere Bahn geschaffen. Die beiden Punkte der Regierungsvorlage sind inhaltlich die schwersten. Als ich dieses Reiches hierfür kann ich anführen, daß in dem Präfektur von 1883 stets diese beiden Punkte wiederkehrten. Es ist mir kein Zweifel, daß mit Annahme derselben eine legislative Verständigung erzielt ist, und ein friedfertiger Zustand eintreten wird, daß dann über die übrigen Punkte meines Antrags nicht so schwerwiegenden Punkte eine Verständigung erzielt sein wird. Es war durchaus nicht die Absicht des Herrn Bischofs Kopp in der Kommission, durch seine Anträge weiter zu gehen in der Revision, sondern das Bedürfnis der gesamten Kommission stellte sich von vornherein einmütig auf den Standpunkt, nicht eine vierte Novelle, sondern ein Gesetz zu machen, das inhaltlich weiter geht, als die Vorlage, sie wollten zu einem vorläufigen, wenn auch dauerhaften Frieden gelangen. Dazu bedurfte es eines außerordentlichen Entgegenkommens, namentlich auf Seiten der liberalen Mitglieder des Herrenhauses. Es ist ja in der Öffentlichkeit gelangt, daß die Herren in einer ihren Freiheiten höchst ehrenvollen und in der vorurtheilslosesten Weise gegen gekommen und in die Prüfung mit eingetreten sind, wenn eine Garantie für das Zustandekommen des Friedens gefunden würde. Als einziger Punkt schließlich die Anzeigepflicht und darum hat auch die Kommission diese Anzeigepflicht, ohne sich über die virtuelle Trennung näher zu einigen, in den Vordergrund geschoben, was auf Wunsch der Regierung, aber unter deren Zulassung, die Regierung einfach sich sagte, gelangt es der Kommission, einen anderen und besseren Weg, als den die Regierung von vornherein als gangbar erachtet hat, zu finden, dann ist die Pflicht der Regierung, Schwierigkeiten nicht in den Weg zu legen. Daraus dokumentirt sich die Stellung der Staatsregierung hier und im anderen Hause. Allein die Kommission hat weiter, und daraus entwickelte sich nun das Verfahren, das den Vorredner so herb kritisiert worden ist, woran die Regierung durchaus keinen Theil hat. Als zum ersten Male die Arbeit der Kommission im Herrenhause auf die Tagesordnung gesetzt war, brachte Bischof Kopp drei Amendements vor, welche an die Kommission zur Vorkonferenz zurückverwiesen wurden. Dort ergab sich, daß die volle klare Anzeigepflicht nicht bewilligt war, und so wurden die Amendements mit großer Mehrheit abgelehnt. Die Wünsche hervorzutreten, sondern nur einen Stimmungsbericht zu geben. Dies finden Sie in der Note vom 4. April, die des Kardinal Staatssekretärs Jacobini ausgedrückt, worin er heißt, die Kurie sei bereit, die volle Anzeigepflicht zu bewilligen, wenn die Staatsregierung geneigt sei, eine weitere Revision der kirchenpolitischen Gesetze vorzunehmen. Diesem Gebot hat der Ministerpräsident im anderen Hause, wie gestern im Ausdruck gegeben und auch in einer Note wiederholt, wie aus der Note des Kardinals Jacobini vom 25. April erhellt. Das ist auch kein überraschendes Ereignis, und eine Schwelung hat mit nichten stattgefunden, denn schon 1880 habe ich erklärt, die Regierung halte an der Ansicht fest, die Hoffnung sei, in eine weitere Revision einzutreten. Die Regierung zu stellen, den Inhalt der Revision anzugeben, nicht mehr Sache der Kurie sein als der nationalliberalen Partei. Weil diese Anträge unterbreitet ist, ist dies ein Zeichen des Vertrauens in die Loyalität der preussischen Regierung, die sie halten werde, was sie versprochen hat. Ich wäre gar nicht in der Lage, sofort ein Programm dazu zu geben. Aber daran müssen wir festhalten, daß nicht ein Komma nicht ein Z-Punkt geändert werden kann, ohne lebendige Wirkungen

	Richt. Alt.
28) Die Zunge ganz oder ein Stück davon zu schneiden, nachgehends mit einem glühenden Eisen zu brennen, insgesamt	5 —
29) Für dazu gehörige Stricke, Zange und Messer	2 —
30) Eine abgeschrittene Zunge, oder abgehauene Hand an den Galgen zu nageln	1 —
31) Einem, so sich selbst erkennt, ertränkt oder sonstwie entleibt, abzuschneiden, wegzubringen, das Loch zu machen und zu verscharen	2 —
32) Eine Person der Stadt oder des Landes zu verweisen	— 52
33) Im Gefängniß zu streichen, einschließlich der Ruthen	1 —
34) Abzuschlagen	— 52
35) An den Pranger zu stellen	— 52
36) An den Pranger zu stellen, zu brandmarken und auszustreichen, einschließlich der Stricke und Ruthen	1 26
37) An den Pranger zu stellen, zu brandmarken und auszustreichen, einschließlich der Kohlen, Stricke und Ruthen, auch der Brandsalbe	2 —
38) Einen Inhaftirten visitiren, ob gebrandmarkt	— 20
39) Die Leitern an den Galgen zu setzen, es möge einer oder mehrere auf einen Tag gehängt werden	2 —

Die Tortur belangend.

40) Für Beschroß- oder Vorlegung der peinlichen Instrumente	1 —
41) Pro primo gradu Torturae*)	1 26
42) Für Einrichtung und Scherung der Daumen quoad istum gradum*)	— 26

	Richt. Alt.
43) Pro secundo gradu*), einschließlich der Einrichtung und hinterlassener Salbe	2 26
44) Wird aber eine Person per omnes gradus torquirit*), sollen dem Nachrichten pro omnibus gradibus simul*) die Einrichtung der Glieder und hinterlassende Salbe mit einbegriffen gezahlt werden	6 —
45) Für Reise- und Lagedel per jeden Tag, ausschließlich jedoch des Exekutions- oder Torturas-Lagedel, es mögen dann ein oder mehrere Mißethäter justizirt oder torquirit werden	— 48
46) Für tägliche Verpflegung	1 26
47) Für jeden Knecht	— 29
48) Für eines Pferdes Fourage und Stallgeld täglich	1 16
49) Wird in Köln die Tortur oder sonstige Exekution verurtheilt, soll der Nachrichten blosshin mit denen des Endes ausgeworsenen Exekutions-Gebühren ohne Aufrechnung einer neben Kosten, als da seyen Reise-Lagedel, Verpflegung, Pferde-Feuer und Fourage blosshin mit denen desfalls ausgeworsenen Exekutions-Gebühren sich begnügen lassen.	—
50) Bei Verurtheilungen, deren Exekutionen zu Melaten und Deut hat derselbe nebst vordrin ausgeworsenen Gebühren für Pferde-Feuer 60 Albus und weiter nichts zu zahlen.	—
51) Da in gegenwärtigem Reglement Postas 16, 32, 40 in's Wasenmeister's Berrichtung einschlagen, also solle auch der Wasenmeister dießfallige Gebühren allein zu empfangen haben.	—
52) Würden nun vorbeschriebene Berrichtungen in denen verpändeten Ämtern und unter Herrlichkeiten hiesigen Erzstifts, oder wohe derselbe keine Bestallung hat vorgehen, solle dem Nachrichten ein dritter Theil mehr, als vorbeschrieben, der Ursachen gegeben werden, weilen derselbe ohne zuthuen des Unterherrn und Pferdes Ein-	—

habern Churfürstl. Kameral Mitteln für jährliche Bestallung gemisset.

53) Inmittels solle derselbe allein, und kein Fremder Unterherrn und Pferdes-Inhabern bei allen vorkommenden Exekutionen gebraucht werden.

54) Weilen auch manchmal Beschwerde geführt worden, daß bei vornehmender Exekution, wo ein Beamter zum erstenmal präsidirt, der Nachrichten, nebst denen ordentlichen Gebühren ein sicheres Pferd, oder auch ein Stück Geld zu präntiren sich unterstellen, und dann solche Präntiren, als ein Mißbrauch angesehen, als wird selbigs gemelten Nachrichten ein solches Pferd hierdurch unterzagt.

Ergeheth solchem nach an alle und jede Erzstiftische Ämtern hiermit der Befehl bei vorstehendem Reglement festzuhalten, dem Nachrichten die darin ausgeworsenen Gebühren und weiter nichts in Loco Executionis\*) jedoch zu zahlen, und solchane Zahlung seiner Zeit bei Churfürstlicher Hofkammer mit hinlänglichem Beleg zu verrechnen.

Der kurfürstliche Stadtgraf in Köln erhielt bei seiner Einführung und Eidesleistung das Hinrichtungsschwert und den Richterstab einhändig. Diese Feierlichkeit hat zu dem am 7. Februar 1792 bei Einführung des letzten Erbprinzen, Geheimraths Freiherrn Friedrich von Metzing, stattgefunden. Als kurfürstliche Bevollmächtigte zur Vollziehung dieses feierlichen Aktes fungirten der Dompobst Graf von Dettingen, der Generalvikar und Geheimrath von Gynern, Goldschmidt und ein Herr von Meer.

Wer es damals wagte, gegen obiges barbarische Strafverfahren zu protestiren, wurde noch mehr angefeindet, als Herr von Hertling heute diejenigen anseindet, welche ein sozialem Gebiete umfassende Reformen anstreben. Allerdings würde die obige, die Menschheit entehrende „Rechtsordnung“ noch heute bestehen, wenn es auf die damaligen Amtsbrüder des Herrn v. Hertling angekommen wäre. Aber Wunder, daß das rheinische Volk am Ende des vorigen Jahrhunderts die Franzosen mit offenen Armen empfing und ihnen die Schlüssel der heiligen Stadt Köln zwei Stunden weit entgegenfuhr.

\*) Für den ersten Grad der Folter.  
\*) Bis zu diesem Grad.

\*) Für den zweiten Grad der Folter.  
\*) Durch alle Grade gefoltert.  
\*) Für alle Grade zusammen.

\*) Am Orte der Strafvollstreckung.

des Bandes als  
über die 9  
nicht zu  
Initiative  
ich möchte  
zeichnung  
hat. Die  
widerung  
gibt es ni  
lerninlich  
hoffen, de  
Kuchenkon  
des preuß  
preuß den  
biete des  
monarchist  
alle unser  
reichen wer  
Re nicht e  
dazu ein  
die Staat  
gaben.  
Abg. v  
wäre schwe  
möchte doe  
thut, wo  
die Natio  
Schul au  
schweres  
qual i recht  
vorgemer  
abfertigen  
wissen sehr  
Weise ver  
Glauben  
nationalen  
Herr Gyn  
nur den B  
tungen de  
wird diese  
sondern na  
welche es  
Sie aber g  
lichen Kir  
Wer hat de  
hat der da  
Herr von  
die Selbst  
Generalst  
Ran woll  
sich nicht  
Das ist all  
wüßten g  
das protest  
sein, ist de  
wollen, so  
Sage der  
Kulturkämp  
daß der B  
Rechen, d  
beit zu se  
halb festge  
wir uns  
welche die  
nationalist  
ment ist da  
zu machen.  
so wird die  
Freude aus  
Die D  
Es folg  
Abg. v  
Gynern we  
gegrüß habe  
holt hat vor  
kämmer dem  
Ich habe ge  
nicht mehr  
wendet hat,  
hauptsächlich  
nationaliber  
wenig kultus  
behalts nich  
mittel, und  
politisch nicht  
Sache!) —  
geschieden,  
Kanne in  
wie Herr  
1880 in der  
lung gegen  
der trübste  
der für das  
mehr erzeit  
ich zu eben  
der Königl  
Er. IV. rid  
Minister vor  
eine solche  
ankommen.  
v. Gynern i  
politischen  
richtig! links  
Abg. v.  
wähler zu f  
Gynern Richt  
weiter noch  
tungen, so la  
Ich hatte ja  
einigt. Ich  
IV des rano  
agen das G  
zahlung im  
hinlängli  
Ich, mich  
habe das  
bei jedem  
seiner frühe  
beobachtet, d  
noch als ein  
hat, so muß  
nur wenig  
eintrat. Die  
Partei über  
Epige vers  
aus. (Abg  
Richter st  
der Front  
sagen, daß  
und Bismar  
ist das noch  
evangelische  
erlaubt den  
nicht zu ab



**Ein theurer Hund.** Ein kassipieliger Hundeprozeß hat mehrere Monate die königliche Staatsanwaltschaft beschäftigt. Der Kaufmann B. kaufte vor einigen Monaten in einem Hundegeschäft der Brunnenstraße einen kleinen Hund für den Preis von 20 R. Einem Tages, als das Dienstmädchen des Herrn B. mit dem Hunde von einem Ausgange heimkehrte, wurde sie von einem älteren Herrn, Namens G., verfolgt, welcher schließlich das Mädchen um Herausgabe des Hundes ersuchte, da dieser angeblich sein Eigentum wäre. Da das Mädchen sich hierzu nicht für berechtigt erklärte, ging der Herr mit zur Wohnung des Kaufmanns B., woselbst ihm aber die Thüre geschlossen wurde. G. beauftragte nun seinen Rechtsanwalt, ihm den Hund wieder herbeizuschaffen, was derselbe dadurch zu erlangen glaubte, daß er dem Staatsanwalt die Mitteilung machte, seinem Mandanten sei ein Hund gestohlen worden, welchen Herr B. in Besitz genommen habe. Er beantragte daher eine Beschlagnahme des Hundes bei B. Der Staatsanwalt gab diesem Antrage statt und erteilte eine entsprechende Verfügung. B. begab sich nun ebenfalls zu einem Rechtsanwalt und dieser richtete nun Namens seines Auftraggebers eine Beschwerde an den Staatsanwalt und ersuchte um sofortige Aufhebung der Verfügung. Der Staatsanwalt kam diesem Verlangen nicht nach. Nun erstreckte der Rechtsanwalt des B. eine Beschwerde an die Oberstaatsanwaltschaft, auf welche die Verfügung des Staatsanwalts aufgehoben und der Hund dem B. wieder zugestellt wurde; zugleich aber wurde dem G. aufgegeben, seine Ansprüche beim Zivilrichter geltend zu machen. Dies erfolgte auch seitens des G. und vor einigen Tagen hat die Angelegenheit dadurch ihren unerwarteten Abschluß gefunden, daß B. den Hund, den er rechtmäßig erworben, behält, G. dagegen sämtliche nicht geringen Kosten, gegen 100 Mark, allein zu tragen hat. G. ist also nicht nur seinen Hund los, sondern er hat noch ein nettes Sümmdchen draufzahlen müssen.

Daß ein Fräulein amtlich zur Frau promoviert werden kann, ohne in den Stand der heiligen Ehe zu treten, ist neulich bei der Einweihung der Augustaschule vorgekommen. Die erste Lehrerin derselben, Fräulein Jeanne Mithöne, wurde bei dieser Gelegenheit zur Oberlehrerin ernannt. Den Zweifeln, wie man sie foran anreden sollte, machte die erste amtliche Buchstift ein Ende, welche lautete: „An Frau Oberlehrerin Fräulein Jeanne Mithöne.“ Das erinnert an Sappho's Scherzwort: Eine Frau promovirt in einer Nacht, wenn sie durch Heirat Frau Doktorin wird.

Das leidige gefährliche Spielen der Kinder mit Schießinstrumenten auf den Straßen hat wiederum, wie die „Allg. Fahrbzg.“ meldet, einen bedauerlichen Unglücksfall gezettelt. Als der in der Memelstr. 37 wohnhafte Kutcher Bolle mit der von ihm geführten Droßke von der Bräuerstraße nach der Schornstraße einbog, wurde ihm von dem Geschosse einer Armbrust ein Auge derart verletzt, daß er sich sofort nach der königl. Klinik begeben mußte. Auf die Erhaltung des verletzten Auges ist sehr wenig Aussicht vorhanden, da die Ärzte befürchten, daß das noch gesunde linke Auge unter den Verletzungen des rechten leiden wird und dieses deshalb herausgenommen werden muß. Die Verletzung des Bolle ist dadurch entstanden, daß mehrere Kinder mit einer Armbrust (Fitzbogen) die Schornstraße entlang schossen und eins dieser Geschosse den Bolle so unglücklich ins Auge traf. Die Thäter sind nicht ermittelt.

Bei den Abbrucharbeiten auf dem Grundstück Marktgrafen- und Behrenstraße- Ecke trug sich am Mittwoch, Morgens in der 7. Stunde, ein schwerer Unglücksfall zu. Ein hier beschäftigter, am Weinbergsweg wohnender Arbeiter, Johann Brandstätter, befand sich gerade auf einer nach der Straßenseite gelegenen freistehenden Mauer, im Begriff, das alle Gemäuer auseinander zu schlagen. Bei dieser Arbeit verlor er plötzlich das Gleichgewicht und stürzte so kopfüber auf den Bürgersteig, wo er anscheinend mit mehrfach gebrochenen Gliedmaßen liegen blieb. Auf Veranlassung der Polizei wurde der Verunglückte nach Feststellung des Thatsachens nach der königl. Charité gebracht.

In eine lebensgefährliche Situation gerieth am Mittwoch Vormittag eine circa 60jährige Frau in der Hofstraße beim Vorübergehen bei dem Grundstück Nr. 22. Auf diesem Grundstück befindet sich die Bäckerei von Reisten, und war man gerade dabei beschäftigt, Säcke mit Mehl vom Bürgersteig mittels Flaschenzug auf den Boden des Hauses zu schaffen. In dem Augenblick, als die erwähnte Frau vorüber ging, riß plötzlich die zum Tragen bestimmte Kette und stürzten die Säcke derart auf die Frau, daß die Betroffene sofort bewußtlos zusammensank. Von den Passanten wurde die Ohnmächtige, die anscheinend schwere innere Verletzungen davongetragen, zunächst in den Flur des Hauses und sodann per Droßke in ihre Wohnung geschafft, wo sie sofort in ärztliche Behandlung genommen werden mußte.

Wie's Nigeli aus Wien in Berlin gefiel. Nigeli, ein alter Wiener Buz, so plaudert Ed. Böhl im „Wiener Tageblatt“, war gleich vielen eingeborenen Wienern zeit seines nicht weit über Breitenfurt, Agersdorf, Franz Josef-Land oder Hütteldorf hinausgekommen. Aber er hatte sich durch Lesen eine hinlängliche Meinung über fremde Länder und Städte gebildet und versuchte es niemals, dieselbe durch Reisende bestätigen zu lassen, indem er an sie, sofern es Bekannte waren, die Frage richtete: „San's halt wieder froh, daß S' in Wien san, was?“ Gewöhnlich wurde diese Frage bejaht, worauf Nigeli die ganze Ueberlegenheit seiner Ansichten in die Bemerkung legte: „Na, alsdann; zu was warn's denn eigentl' nachher furt? Da blei' i do' glei' da, wo's m'r besser g'fallt.“ Namentlich von einer Stadt hörte er nicht gerne sprechen, geschweige denn Vergleiche mit Wien ziehen: nämlich von Berlin. Die Hauptstadt des Deutschen Reiches „fierte es ihm“, wie er sich ausdrückte, und zwar umsomehr, als zu seiner großen Enttäuschung so mancher gute Freund von dort des Lobes voll zurückkehrte und dem haindigen Nigeli an den Fingern herabzählte, in welchen Dingen sich Wien von Berlin habe überlegen lassen. Das Schlimmste dabei war, daß die gewissen Freunde seit einiger Zeit die Ueberlegenheit des „Staubensackers“ nicht mehr anerkennen wollten, sondern ihn mit dem Vorwurf mundtot machen: „Wais' dori? Na? ! Wann's D' net dort warkt, so red' nig!“

Da faßte Nigeli eines Tages den furchtbaren Entschluß — in eigener Person nach Berlin zu reisen. Es leitete ihn herbei die dunkle Empfindung, daß die Entscheidung über die Frage, welcher von den beiden Städten die Palme gebührt, ausschließlich ihm vorbehalten und leider dadurch verzögert worden sei, daß er so spät erst auf den Einfall gekommen, eine Reise dorthin zu thun. Er hielt seinen Plan sorgfältig geheim, um nicht unwürdigen „Frozeleien“ ausgesetzt zu sein, begann aber acht Tage vor Oheim mit den Reisevorbereitungen. Diese erstreckten sich auf das ganze Gebiet der Körperbeileidung, denn Nigeli's hatte sich dießbezüglich bemächtigt, daß neue Unterhosen und Strümpfe vornehmlich geeignet seien, das Ansehen eines Wieners im Auslande zu heben. Er besaß ein Reisekleid wie Hofmann-Natras, und da man ihn in diesem aufgeregten Zustande gegen Ritternacht in das elektrisch beleuchtete Konfessionshaus auf dem Stefansplatz eintreten sah, wo er mit verstohlenem Wesen einen Anzug erstand, so verbreitete sich unter seinen Bekannten das Gerücht, daß er einen natürlichen Sohn habe, welchen er eben auszubekommen im Begriffe stehe. Am Spätnachmittag dampfte er endlich mit dem Nacht-Kourierzuge der Nordwestbahn ab. Ein brennendes Gefühl von der hohen Wichtigkeit seiner Mission erfüllte ihn und er schwor sich in dem unruhigen Schummer während der Fahrt immer wieder mit erhobener Rechten zu, Alles mit gewissenhafter Aufmerksamkeit zu prüfen, nichts unterzogen zu lassen, was zum Vortheile und zum Nachtheile der Preußen

sprechen könne, der Stimme der Zu- oder Abneigung kein Gehör zu geben, sondern als redlicher und freier Mann nur nach den vorgeführten Beweismitteln . . . . Der Zug donnerte über eine Brücke oder dampfte Nördlich durch die Wechsel der Weichenstationen, worüber Nigeli war wurde und es ihm vorkommen wollte, als habe ihn die Stadt Wien soeben im Traume dieselbe Eidesformel leisten lassen, welche er einst als Geschworener bei Gericht hatte nachsprechen müssen.

Nigeli's Aufenthalt in Berlin mit allen Gelebnissen dieses trefflichen Mannes daselbst wird noch Gegenstand einer besonderen Beschreibung sein. Für heute wollen wir uns bloß an das halten, was er am ersten Abend nach seiner Rückkunft den übertrautesten Freunden am Stammtische des „Blauen Rechen“ erzählte. Er sprach noch unter dem unmittelbaren Eindruck seiner Beobachtungen in Berlin. Aus dem Saal war ein Paulus geworden. Allein, gleichwie er vor dem fanatisch in der Gegnerpartei gewesen, so flammte jetzt seine Begeisterung für die Rivalin Wiens so heftig auf, daß er es seinen Zuhörern beträchtlich „fierte“ und sich nicht bloß mehr als einmal deren Widerspruch, sondern sogar den tränkenden Verdacht zu zog, er sei ein Vaterlandsverräter geworden.

„Wo sein denn die Katz'n, die über Berlin g'schimpft hab'n — begann er — wo sein's denn die G'reitdrücker, daß i cabna's Wilde awerrom? Mit'n Had'l derschlag'n is das Mindeste, was cabna's hört.“

„Du hast ja selber am meisten prog'mault“, warfen die Andern ein.

„Wie kann denn i prog'mault hab'n? I hab' gar niz g're'd't. Wie kann i denn über was red'n, was i net g'leg'n hab'! Wer herentgegen, wie i bliaz hintonnen bin, hab' i die Sunn aufg'ri'n wie a Stadtbior. Na, so was! Da geht's ja zu, wie in ewig'n Leu'n! Brate Straß'n, daß m'r an Oportguder braucht, wann m'r die Hausnummern auf der andern Seit'n les'n will, und von aner Läng'l, daß die Hauptallee in Prater a rein's Hundswirzel dagegen is; Mensch'n und Wäg'n so viel wie bei uns in frühere Jab'r; nur bei der Mat'abrt i' sen warn' und nei eppa nur dein Tag, a bei der Nacht san's auf'nommen zur Beleuchtung der Stadt; G'schäftler, ans größer und schöner, als n' andere; auf an jeden Platz a klamer Stadtpark mit grüne Rabatteln und siegreiche Generale; a Stadtbahn, die wusch't nur so hin und her durch die Stadt, während unser Verbindungsbahn a schreiechte Krankheit hat und a Stund braucht bis nach Hüttendorf; auf; a Pferdchahn, wo la Mensch mehr aufsteig'n däß, als bequem Platz da sein, und a Ordnung, a Keinscheit und a praktische Sach'n überall, daß m'r's i' todtag's sunni' über unsa Fretterei. Mit an Wort: I sog' Eng, mir hat's Wien g'stiert, wie i wieder z'rückkommen bin.“

„Na, na, na, nur net so gach! G'ndet hat's D'r Berlin g'stiert Platz auf amal wirst appi, weil's D' auffa'schmedt haß über die Grenz. War' ja gunt, wann sa k' bei uns die quai'n Einrichtungen von d'r'auß' i' on Muster nahmeten, aber d'chtweg'n brauchst über De'l' eigen's Nest net glei' z'schimpfen wie a Robispag. Es laßt si' schon leb'n da.“

„Was, is wollt's mi belehr'n, is Fagge's, wie m'r in Berlin sog't? Na wart's . . .“

„Wer is a Fatsche, was haßt dös, außer damit! Beleidig'n will er uns a no'!“

„Fagge haßt so viel, als Locher!“

„Ab so, mir hätt'n D'r a niz anders g'rah'n.“

„Rathen hin oder her, Des stier's m'r a mit Engera Duslerei, und daß es nur wist's: i pad' meine sieb'n Borischen g'samm und jag' mi nach Berlin. Mei' Großvater war a eing'wanderter Preuß' und desentweg'n g'siur i halt no a Bissel was von aner Lust und Strammheit in mir. Soll's m' seg'n, wenn i dös Mittelhaub'n aufhab'n, dös i mir bei an Tandler au'n Berliner Köhlendamm 'lauff' hab'. Da thät's spig'n, is leicheten Reck'n.“

Diese unvorsichtigen Worte entfachten einen großen Tumult. Nigeli schwebte in der Gefahr, geliebt zu werden. Schließlich gingen die Speer verfeindete aus dem Stammtisch. Natürlich kommen sie aber am nächsten Abend wieder halb verdriehlich, halb verhöhnlich zusammen, um Nigeli weiter erzählen zu lassen. Nigeli wird sich bis dahin vielleicht auch wieder ein wenig an Wien gewöhnt haben.

**Polizei-Bericht.** In einem dem Schankwirt Diesel gehörigen Keller, Ballisadenstraße 69, waren etwa 100 Liter Spiritus aus einem Faße ausgelaufen. Als Diesel am 4. d. M. Nachmittags den Keller mit einem brennenden Lichte betrat, entzündeten sich an demselben die Spiritusdämpfe und legten den Spiritus selbst in Brand. Die Feuerwehre mußte gerufen werden und war längere Zeit in Thätigkeit. — Am 4. d. M. Nachmittags stürzte der mit dem Abbruch eines Schuppens auf dem Grundstück Köhlendamm 7 beschäftigte Zimmermann Krause aus einer Höhe von etwa 5 Meter herab und zog sich eine anscheinend schwere Verletzung am linken Auge zu. Er wurde mittels Droßke nach dem Krankenbause Rehbanien gebracht. — Zu derselben Zeit lief ein 8 Jahre alter Knabe beim Spielen in der Brenzlauerstraße unter die Räder eines im Schritt fahrenden Bäckerswagens, wurde überfahren und anscheinend innerlich schwer verletzt. — In der Nacht zum 5. d. M. stürzte sich eine Frau in selbstmörderischer Absicht aus dem Fenster ihrer in der Neanderstraße 4 Tr. hoch gelegenen Wohnung auf den Bürgersteig herab und verstarb auf der Stelle. Die Leiche wurde nach dem Leichenschauhause gebracht.

### Vereine und Versammlungen.

Der Fachverein der Schneider hielt am Montag Abend im Deigmüller'schen Lokal, Alte Jakobstraße, eine Versammlung ab, in welcher Herr Taeterow über den Beruf der Presse referirte. Derselbe führte aus, daß es den Arbeitervereinigungen unter der herrschenden Prekorrption schwer werde, objektiven, der Wahrheit entsprechenden Berichten Aufnahme in die Tagespresse zu verschaffen. Die Presse suche oft die angeführten Thatsachen so darzustellen, wie es den Leitern der Presse gerade gefält. Die Berichte würden oft mit dem größten Raffinement entstellt. So habe es das antisemitische „Deutsche Tageblatt“ vor Kurzem fertig gebracht, ihn (Redner) als einen Judenheger erster Größe hinzustellen, was indeß nur allgemaine Heiterkeit hervorrief, da genügend bekannt sei, daß Redner die Gleichberechtigung alles dessen, was Menschenantlig trage, stets bestrahle. Derartige Beispiele könne man viele anführen. Es sei an der Zeit, daß man auf Mittel sinne, diesem chronischen Leide abzuheilen. Wenn auch zu erwägen sei, daß die Presse ein Geschäfts-Unternehmen sei und ohne Kapital nicht existieren könne, so sei doch zu verlangen, daß sie nicht zum Verheißeliger und Diener einer Korruption werde. Jeden Schwindel und Betrug sollte die Presse energisch bestrafen. Es müsse die erste Forderung einer wirklich freien Presse sein, die herrschende Korruption zu beseitigen. Auch die Literatur im allgemeinen wäre tief gesunken und ließe sich darüber dasselbe anführen, wie über die Tagespresse. Angekündigte dieser Thatsachen müsse energisch Remedur geschaffen werden und wäre es Pflicht eines jeden aufgeklärten Arbeiters, nur Blätter und Schriften zu unterstützen, welche nach allen Richtungen hin die gemeinsamen Interessen der Arbeiter vertreten. Redner forderte zu zahlreichem Abonnement auf das „Berliner Volksblatt“ und die „Neue Zeit“, sowie des geistigen und öffentlichen Lebens, auf. Nachdem noch Herr Radnity auf die Entstehung der „telegraphischen Press-Bureaus“ und auf die Unzuverlässigkeit ihrer Mittheilungen hingewiesen hatte, wurde über die Fachschule gesprochen, da zu Anfang der Saison ein Unterrichtskursus im Zuschneiden eröffnet werden soll.

**1. Eine Arbeiterinnen-Versammlung** tagte am Dienstag Abend im „Vorständlichen Kasino, Adlerstraße 144, in der Frau Cantius referirte. Fast scheint es, als besorgten nunmehr die Christlich-Sozialen, da Herr Sieders Liebeswerbungen fehlgeschlagen sind, die Taktik, durch Kadau und Ul den Arbeiterinnenvereinigungen das Gepräge der Lächerlichkeit zu geben. Selten haben wir einer Versammlung beigewohnt, in welcher die „gebildete“ Jugend sich so pöbelhaft benahm, wie in dieser Versammlung. Die Referentin betonte die Nothwendigkeit einer festen Arbeiterinnenvereingung. Bei den barrolosten Worten erschallten die höhnenden Stimmen der „Nadaumacher“. Die Vortragende fand viele Zustimmung. Frau Steindorf führte etwa folgendes aus: Wenn möchten insbesondere die in Buß- und anderen offenen Geschäften thätigen Mädchen sich in die Arbeiterinnenvereine aufnehmen lassen, die Furcht vor Entlassung deshalb sei aber zu groß. Gerade diese Branche stelle mit das größte Kontingent zu den durch die Noth Gefallenen. Hienlich hart ging Herr Kunkel mit den „Nadaumachern“ ins Gericht. Frau Lohse unterwarf besonders die Abzahlungs-geschäfte einer Kritik. Sehr widerprüchlich war die Rede eines Herrn Gerson. Was er den Arbeiterinnen auf der einen Seite zugestand, das Recht der Austraffung und Selbstbestimmung, nahm er ihnen wieder, indem er meinte, daß sie gar nicht nöthig hätten, in Versammlungen zu gehen. Fr. Wahnig und Herr Kunkel übernahmen die „Abführung“ dieses Redners. — Nachdem noch zum Anschluß an den Arbeiterinnenverein im Norden Berlins“ erwähnt worden, schloß die Versammlung in der zwölften Stunde.

Im Fachverein der Steinmetzen erstatteten in der letzten Versammlung am Sonntag, Sophienstr. 34, die Delegirten Bericht über den Verlauf des Kongresses zu Köln a. Rh., welcher am 25., 26. und 27. April stattgefunden hat. Das Resultat desselben war ein recht befriedigendes; 27 Delegirte waren erschienen und verhandelten dieselben 30 Städte und gegen 3000 Steinmetzen. Nach Erledigung des 1. Punktes der Tagesordnung des Kongresses: „Besprechung über die Lage und Verhältnisse im Steinmetzgewerk“ wurde vom Kongress eine Resolution einstimmig angenommen, dahingehend, daß eine Verbesserung der Löhne und eine geregelte Arbeitszeit dringlich notwendig sei. Die einzelnen weiteren Beschlüsse des Kongresses sollen erst durch das Protokoll den Mitgliedern bekannt gegeben werden. — Der Vortagende Herr Sieder verlas hierauf ein Antwortschreiben vom Vorstand des hiesigen Meistervereins betreffend die Einführung eines Tarifs für Armorer- und Granitarbeiten. In dem Schreiben wurde gesagt, daß die Lohnsätze viel zu hoch gegriffen seien, daß aber die Meister in Unterhandlung mit den Gehilfen treten wollten, wenn die Forderung derselben eine gesunde Grundlage habe. — Von sämtlichen Rednern wurde gewünscht, daß man in den nächsten Tagen eine Versammlung einberufen solle, um endlich einen definitiven Beschluß zu fassen, da in Berlin die übliche Tageslohn 4.50 Mk. beträgt, aber in einigen Werkstätten nur 3.50 Mk. bezahlt würden. Auch über die verschiedenen Löhne für Granitarbeiten wurden von einigen Rednern recht interessante Dinge vorgebracht. „Jeder Arbeiter gebe ja die Arbeitspreise nach seinem Belieben, es kommt sehr häufig vor, daß Tage und Wochen lang an einem Stein gearbeitet wird, ehe der Arbeiter weiß, was er dafür bekommen wird, ehe er den Tag noch sehr oft „No geleien“, da die Zahl der Geschäftsinhaber nicht fruchtbar sind. Es wurde beschlossen, in wenigen Tagen in einer öffentlichen Versammlung definitive Stellung zu nehmen und einen festen Lohnsatz vom 15. Mai d. J. ab einzuführen. Zum 3. Punkte der Tagesordnung: „Besprechung über die von den Meistern erlassene Biagordnung“, wurde nach kurzer Debatte beschlossen, diese Biagordnung in den Werkstätten nicht anzuerkennen und der Vorstand des Fachvereins beauftragt, mit dem Meisterverein behufs Herstellung einer Werkstätten Ordnung in Verbindung zu treten. Zu „Verständenes“ wurde u. a. die Frage angeregt, ob der Verein seinen Mitgliedern bei Anwesenheit im Arbeitsverhältnisse nicht unentgeltlichen Rechtschutz gewähren wolle. Ein Antrag, dies einzuführen, wurde einstimmig angenommen. Der Beisitzergeselle, Herr Mohr, wurde hierauf ein Jahr wiedergewählt. Derselbe ermahnte die Kollegen, welche noch nicht regelmäßig zur Fremdenunterstützungs-kasse zahlen, dieses zu thun, da die Ansprüche an die Kasse immer größer werden.

**Tischler Berlins.** Sonntag, den 9. Mai, Vormittags 10 Uhr, Versammlung in Keller's Salon, Andrastr. Nr. 22. Tagesordnung: Die Einklagen bei der Ortskrankenkasse der Tischler und Pianofortarbeiter Berlins.

Die Sachkommission der Steinmetzen und Bildhauer ersucht alle diejenigen, welche noch im Besitz von Streitklaffen sind, solche bis spätestens Sonnabend, den 8. d. M., an Herrn Wigel, Bernauerstr. 106 v. 3 Tr., abzugeben.

### Lezte Nachrichten.

Die wichtigsten Mittheilungen, die uns Abends noch zu geben, betreffen die Arbeiterbewegung in Chicago. Allem Anscheine nach ist es dort zu heftigen Zusammenstößen zwischen Polizisten und Streikenden gekommen. Ein Polizeitelegramm der „Nat. Bzg.“ meldet unter dem 5. Mai: „Chicago versuchte in der letzten Nacht die Polizei, eine Versammlung deutscher Sozialisten zu sprengen. Die Sozialisten waren Bomben unter die Polizisten, wodurch 10 derselben getödtet, 20 verwundet wurden. Die Polizei gab darauf einen Salvo auf die Sozialisten ab, welche von diesen erwidert wurden. Schließlich flohen die Sozialisten nach wüthendem Widerstande. Irer 50 sind erschossen. Die Lage in Chicago ist bedenklich.“ — Ein anderes Telegramm lautet: „Am 4. Abends kam es zu einem erbitterten Kampfe zwischen der Polizei und den Sozialisten, welche sich in einer Stärke von etwa 15 000 Mann versammelt hatten. Der Aufforderung der Polizei an dieselben, sich zu zerstreuen, wurde nicht Folge geleistet. Es wurden mehrere Dynamitbomben geworfen, wodurch fünf Polizisten getödtet und viele verwundet wurden. Durch die auf die Reuterer seitens der Polizei abgeworfenen Schüsse wurden gegen 50 getroffen, darunter mehrere tödtlich. Der französische Gouverneur des Senegal meldet telegraphisch, daß die Belagerung von Bakel aufgehoben ist und daß die Kolonne des Obersten Frey am Oberen Strom des Bahr el Jebel den neuen Propheten zweimal geschlagen hat. Wiedermoh soll die Flucht ergriffen haben und seine Schwarzen in völliger Auflösung begriffen sein.

Von den Londoner Sozialisten werden jetzt allerlei Sammlungen betrieben, Vorstellungen arrangirt zum Behn der Streikenden in Belgien und Frankreich und Scheinvergnügungen nicht unbedeutlich zu sein.

Der Abdeio hat aus Korosko die telegraphische Nachricht empfangen, daß der Steuerevter des Nabhi in Berber jetzt sämtliche, aus Khartum kommenden Mannschaften in großer Eile auf Dongola marschiren lasse und daß derselbe mit dem letzten Trupp ebenfalls dorthin abgehen werde.

### Briefkasten der Redaktion.

E. D. 1. Fragen Sie bei Herrn Großmann, Berlin, Wolgasterstr. 8, an. 2. Derartige Listen können Sie sich selbst anfertigen. 3. Die gewünschten Schriften sind durch uns zu beziehen. 4. Eine Karte lag nicht bei.

R. M. 31. Wenn bei Ihrem Engagement als Redakteur ausgemacht ist, daß i' derzeitige Entlassung ohne sonstige Bedingungen zulässig ist, so können Sie keinen weiteren Anstand geltend machen, auch wenn Sie in der Zwischenzeit noch anderen Stellen zum Werkführer avangirt sind.